

Die Deutsche Zentrumspartei gegenüber dem Nationalsozialismus und dem Reichskonkordat 1930–1933: Motivationsstrukturen und Situationszwänge*

Von Winfried Becker

Die Deutsche Zentrumspartei wurde am 13. Dezember 1870 von ca. 50 Mandatsträgern des preußischen Abgeordnetenhauses gegründet. Ihre Reichstagsfraktion konstituierte sich am 21. März 1871 beim Zusammentritt des ersten deutschen Reichstags. 1886 vereinigte sie sich mit ihrem bayerischen Flügel, der 1868 eigenständig als Verein der bayerischen Patrioten entstanden war. Am Ende des Ersten Weltkriegs, am 12. November 1918, verselbständigte sich das Bayerische Zentrum zur Bayerischen Volkspartei. Das Zentrum verfiel am 5. Juli 1933 der Selbstauflösung im Zuge der Beseitigung aller deutschen Parteien (außer der NSDAP), ebenso am 3. Juli die Bayerische Volkspartei. Ihr war auch durch die Gleichschaltung Bayerns und der Länder der Boden entzogen worden.¹

Die Deutsche Zentrumspartei der Weimarer Republik war weder mit der katholischen Kirche dieser Zeit noch mit dem Gesamtphänomen des Katholizismus identisch. 1924 wählten nach Johannes Schauff 56 Prozent aller Katholiken (Männer und Frauen) und 69 Prozent der bekennntnistreuen Katholiken in Deutschland, von Norden nach Süden abnehmend, das Zentrum bzw. die Bayerische Volkspartei. Beide Parteien waren ziemlich beständig in einem Wählerreservoir praktizierender Angehöriger der katholischen Konfession angesiedelt, das durch das 1919 eingeführte Frauenstimmrecht zugenommen hatte, aber durch die Abwanderung vor allem der männlichen Jugend von schleichender Auszehrung bedroht war. Politisch und parlamentarisch repräsentierte die Partei eine relativ geschlossene katholische »Volksminderheit«.² Ihre regionalen Schwerpunkte lagen in Bayern, Südbaden, Rheinland, Westfalen,

* Erweiterte und überarbeitete Fassung eines Vortrags auf dem Symposium »Die Christlichsozialen in den österreichischen Ländern 1918–1933/34« in Graz am 4. März 1997.

1 Überblicke bei Frank WENDE (Hg.), *Lexikon zur Geschichte der Parteien in Europa*, Stuttgart 1981, S. 133–136; Winfried BECKER, Art. »Zentrum«, in: Anselm FAUST (Hg.), *Nordrhein-Westfalen. Landesgeschichte im Lexikon*, Düsseldorf 1993, S. 489–493.

2 Rudolf MORSEY, *Die katholische Volksminderheit und der Aufstieg des Nationalsozialismus 1930–1933*, in: Klaus GOTTO/Konrad REPGEN (Hg.), *Die Katholiken und das Dritte Reich*, Mainz ³1990, S. 9–22; Konrad REPGEN, *Hitlers Machtergreifung und der deutsche Katholizismus. Versuch einer Bilanz*, in: DERS., *Historische Klopfsignale für die Gegenwart*, Münster 1974, S. 128–152, 140 f.; Johannes SCHAUFF, *Die deutschen Katholiken und die Zentrumspartei. Eine politisch-statistische Untersuchung der Reichstagswahlen seit 1871*, Köln ¹1928 (²Mainz 1975), S. 137 ff. (Reichstagswahl Dez. 1924).

Oberschlesien und in einem Teil Ostpreußens. Die Zentrumsparterie des Bismarckreiches erwuchs aus einem schon im Vormärz neu artikulierten Konfessionsbewusstsein, einem frühzeitig grundrechtlich ausgeprägten Freiheitsstreben vorwiegend gegenüber einem fremdkonfessionellen Staatskirchentum. Später kamen die Abwehr kleindeutsch-nationaler Herausforderungen der Reichsgründungszeit und die Auseinandersetzung mit den sozialen Umschichtungen des beginnenden Industriezeitalters hinzu. In seiner grundrechtlich-freiheitlichen und föderalistischen Ausrichtung verstand sich das Zentrum, zumal seit dem Kulturkampf, als Verfassungspartei. Da es schichtenübergreifend den kirchentreuen Kern des katholischen Volksteils umfasste, war es auch Volkspartei. Im Parlament des Kaiserreichs errang die Zentrumsparterie nach dem Kulturkampf zeitweise die parlamentarische Bedeutung eines Züngleins an der Waage, wurde aber in ihrem christlich gebundenen Politikverständnis über ihre eigene Anhängerschaft hinaus nur schwer akzeptiert. Nicht zuletzt aufgrund seiner vorherigen »Integration« in den Nationalstaat wirkte das Zentrum während der Revolution von 1918/19 zusammen mit den Sozialdemokraten und den liberalen Parteien maßgeblich am Neuaufbau des demokratischen Staatswesens mit. Allen Extremen abhold, vertrat die Partei eine sachbetonte Politik der Mitte. Da sie sich überaus koalitionsbereit zeigte, war sie häufiger als die anderen Parteien an Regierungen beteiligt und wurde trotz ihrer schmalen Wählerbasis zu einer Art Staatsparterie der »Instabilitätsrepublik« von Weimar. Georg Schreiber hat die sozial und politisch bewusst ausgleichende Mittlerstellung der Zentrumsparterie staatstheoretisch überhöht. Für ihn bestand das Wesensmerkmal der infolge ihrer unterschiedlichen sozialen Zusammensetzung auf Ausgleich bedachten Partei in dem unverzichtbaren Streben nach Harmonisierung der Interessengegensätze im Staat. Die Politik des Zentrums sei darum auf die staatspolitisch notwendigen Sacherfordernisse und auf die Realisierung eines überparteilichen Gemeinwohls auszurichten.

Viele Zeitgenossen und Historiker registrierten mit Erstaunen den »ruhmlosen Ausklang« und »lautlosen Abschied« des kampferprobten Zentrums zwischen März und Juli 1933.³ Zu deutlich schienen die Zustimmung zu Hitlers Ermächtigungsgesetz und die letzten Liquidationsakte, die Bemühungen um die Aufnahme möglichst vieler Zentrumsabgeordneter in den Hospitantenstatus bei der NSDAP, dem selbstbewussten Traditions- und Geschichtsverständnis⁴ der Partei zu widersprechen. War das nicht »politischer Selbstmord«, wie der westfälische Zentrumsabgeordnete Franz von Galen einer Verwandten

3 Rudolf MORSEY, *Der Untergang des politischen Katholizismus. Die Zentrumsparterie zwischen christlichem Selbstverständnis und »Nationaler Erhebung« 1932/33*, Stuttgart–Zürich 1977, S. 193, 198.

4 Zeugnis dafür etwa das monumentale Geschichtswerk von Karl BACHEM, *Vorgeschichte, Geschichte und Politik der deutschen Zentrumsparterie*, Bd. 1–9, Köln 1927–1932.

schrieb,⁵ vergleichbar dem des Reichstags im ganzen (Wilhelm Hoegner)?⁶ Das Bedürfnis nach historischer Erklärung lag auf der Hand.

In der bisherigen Geschichtsschreibung lassen sich mehrere, teils kontroverse Deutungen unterscheiden. Für Rudolf Morsey steht die »Selbstpreisgabe« des Zentrums am Ende eines »erzwungenen Auflösungsprozesses«⁷: Die politischen Rahmenbedingungen der ausgehenden Weimarer Republik und die gravierenden Führungsprobleme der Partei bereiteten dem Zentrum, nachdem schwere Gefährdungen schon lange vorher sichtbar geworden waren, wie den anderen demokratischen Parteien definitiv seit den Märzahlen und dem Ermächtigungsgesetz den Untergang; allerdings hinterließ der politische Katholizismus das Vermächtnis der interkonfessionellen christlichen Parteibildung nach 1945. Auch Josef Becker macht die innere Situation Deutschlands, die labile Verfassung und die sozialen Antagonismen für das unheroische Verschwinden des Zentrums von der politischen Bühne verantwortlich. Er sieht darüber hinaus das Ende allerdings fast schon dadurch vorherbestimmt, dass die katholische Partei als »konfessionell-kirchliche Interessenvertretung« an der Inkommensurabilität »von Kirche und Partei, Religion und Politik« litt und deswegen einen »immer latenten, unlösbaren Konflikt in sich trug«⁸. Georg May fasst in seiner informativen dreibändigen Biographie über den zweitletzten Zentrumsvorsitzenden, den Trierer Prälaten Ludwig Kaas, systematisierend die vorwiegend politischen Gründe für die Annahme des Ermächtigungsgesetzes durch das Zentrum zusammen; die »Einschüchterung der demokratischen Kräfte«, die Ratlosigkeit, die Hoffnungen auf eine Mäßigung oder ein Scheitern Hitlers und auf die noch gegebenen Einschränkungen seiner Macht durch die Reichswehr, den Reichspräsidenten und die bürgerlich-konservativen Kräfte, schließlich die Angst vor einem neuen Kulturkampf.⁹ Nach May hat Kaas mit »großem Einsatz« in »guter Absicht« gehandelt, wurde aber von Hitler, ohne

5 25. Mai 1933. R. MORSEY, *Untergang* (wie Anm. 3), S. 265 Anm. 18.

6 In seinen 1959 erschienenen Memoiren, *Der schwierige Außenseiter*. Zit. nach: *Das »Ermächtigungsgesetz« vom 24. März 1933. Quellen zur Geschichte und Interpretation des »Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Reich«*, hg. von Rudolf MORSEY, Düsseldorf 1992, S. 170.

7 R. MORSEY, *Untergang* (wie Anm. 3), S. 221; DERS., *Die Deutsche Zentrumspartei*, in: Erich MATTHIAS/Rudolf MORSEY (Hg.), *Das Ende der Parteien 1933*, Düsseldorf 1960, S. 279–453.

8 Josef BECKER, *Das Ende der Zentrumspartei und die Problematik des politischen Katholizismus in Deutschland*, in: Gotthard JASPER (Hg.), *Von Weimar zu Hitler 1930–1933*, Köln–Berlin 1968, S. 344–376, 360 f.

9 Georg MAY, *Ludwig Kaas. Der Priester, der Politiker und der Gelehrte aus der Schule von Ulrich Stutz*, Bd. 1–3, Amsterdam 1981–1982, hier Bd. 3, S. 353–358; vgl. die Rezension dieses Werks von Rudolf MORSEY, in: *Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Kanonistische Abteilung* 76 (1990), S. 390–394. Von älteren Arbeiten: Arthur WYNEN, *Ludwig Kaas. Aus seinem Leben und Wirken*, Trier 1953, Karin SCHAUFF, *Erinnerung an Ludwig Kaas zum 20. Todestag am 25. April 1972*, Pfullingen 1972; Rudolf MORSEY, *Ludwig Kaas (1881–1952)*, in: DERS., *Zeitgeschichte in Lebensbildern. Aus dem deutschen Katholizismus des 20. Jahrhunderts*, Mainz 1973, S. 251–262, 310 f.

für dessen Verhalten verantwortlich gemacht werden zu können, schwer hintergangen und getäuscht.¹⁰ Dass keinerlei kirchliche Konkordatsofferten und auch nicht der »Konkordatsplan der Regierung«, Papens und Hitlers, das Ja des Zentrums zum Ermächtigungsgesetz hervorgerufen hätten, meint Heinz Hürten¹¹ unter Bezugnahme auf die eingehenden Forschungen von Konrad Repgen¹².

Eine zweite Gruppe von Historikern setzt die Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz am 23. März 1933, das zugleich als entscheidender Schritt zum Machtgewinn Hitlers gewertet wird, in kausalen Zusammenhang mit dem Abschluss des Reichskonkordats am 20. Juli 1933. Eine direkte kausale Verknüpfung ist nicht direkt nachweisbar, weil die Zentrumsfraktion vor ihrer Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz keine offene Diskussion über den möglicherweise bevorstehenden Abschluss eines Reichskonkordats geführt hat. Aber der angeblich schwer durchschaubare Prälat Kaas gerät ins Zwielicht, wenn ihm angelastet wird, er habe in der festen Hoffnung auf ein bevorstehendes Reichskonkordat seine nicht informierten Fraktionsgenossen zur Zustimmung bewegt. Diese Auffassung vertrat zuerst ein prominenter Zeitzeuge und Konkurrent von Kaas, der Ex-Kanzler Heinrich Brüning.¹³ Obwohl er auch andere Erklärungen heranzog, exkulpierte der letzte Zentrumsvorsitzende damit gewissermaßen seine Partei. In anderem Zusammenhang belastete er den damaligen Kardinalstaatssekretär Eugenio Pacelli und die Kurie, denen »katholische parlamentarische Parteien in den einzelnen Ländern [...] unbequem« gewesen seien.¹⁴ Karl Dietrich Bracher¹⁵, Karl Otmar von Aretin¹⁶, Leonore Siegele-Wenschkewitz¹⁷

10 G. MAY (wie Anm. 9), Bd. 3, S. 367, 351.

11 *Deutsche Katholiken 1918–1945*, Paderborn 1992, S. 233 ff.; Stewart A. STEHLIN, *Weimar and the Vatican 1919–1933. German-Vatican Diplomatic Relations in the Interwar Years*, Princeton/New Jersey 1983, S. 451.

12 *Über die Entstehung der Reichskonkordats-Offerte im Frühjahr 1933 und die Bedeutung des Reichskonkordats*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 26 (1978), S. 499–534; DERS., *Nachwort zu einer Kontroverse*, in: ebd. 27 (1979), S. 159–161; DERS., *Zur vatikanischen Strategie beim Reichskonkordat*, in: ebd. 31 (1983), S. 506–535.

13 Zum Ermächtigungsgesetz: »Kaas' Widerstand wurde schwächer, als Hitler von einem Konkordat sprach und Papen versicherte, dass ein solches so gut wie garantiert sei« – was Kaas' »ganzer Anschauungswelt« entgegengekommen sei. Heinrich BRÜNING, *Memoiren 1918–1934*, Stuttgart 1970, S. 656; kein Abdruck dieses Quellenzeugnisses in: *Das »Ermächtigungsgesetz«* (wie Anm. 6).

14 Äußerung gegenüber Harry Graf Kessler; zit. nach J. BECKER, *Ende* (wie Anm. 8), S. 359.

15 »Dolchstoß in den Rücken der Zentrumspartei«. Karl Dietrich BRACHER, *Nationalsozialistische Machtergreifung und Reichskonkordat. Ein Gutachten*, in: Friedrich GIESE/Friedrich August von der HEYDTE (Hg.), *Der Konkordatsprozess* (Veröffentlichungen des Instituts für Staatslehre und Politik, Bd. 7), München o.J., S. 999.

16 *Prälat Kaas, Franz von Papen und das Reichskonkordat von 1933*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 14 (1966), S. 252–279; siehe dazu J. BECKER, *Ende* (wie Anm. 8).

17 *Nationalsozialismus und Kirchen. Religionspolitik von Partei und Staat bis 1935*, Düsseldorf 1974, S. 90–123.

und ihr Lehrer Klaus Scholder¹⁸ sehen eine dolose Mitwirkung von Kaas an der Preisgabe des deutschen politischen Katholizismus durch die konkordatsbereite Kurie, wobei das Verhalten Kaas' beim Ermächtigungsgesetz zum Ausgangspunkt der seit dem 7. April einsetzenden Verhandlungen¹⁹ wird. Scholder und Siegele-Wenschkewitz erklären das Handeln von Kaas aus dessen Fixierung auf den »Konkordatstyp des faschistischen Italien«²⁰ und leiten verallgemeinernd die Anbahnung des Reichskonkordats aus der Autoritätsorientierung ab, die sowohl für den Staat Hitlers als auch für die katholische Kirche kennzeichnend gewesen sei. Theoretischer begründet Ernst-Wolfgang Böckenförde seine Affinitätsthese. Er wirft dem prinzipiell-abstrakten kirchlichen Naturrechtsdenken vor, sich mit Fehlentwicklungen des Politischen, so dem NS-Staat, leicht abgefunden zu haben, weil gemäß dem Naturrecht politische Entwicklungen und auch Staatsformen als akzidentell, zeitgebunden und bloß historisch aufgefasst würden; das politische Unrecht werde aus einer solchen überzeitlich weltanschaulichen Wesensschau nicht genügend erfasst und darum zugelassen.²¹

Detlef Junker konstatiert im Blick auf Kaas' römische Verhandlungen, auf den Rückzug des Zentrums und der deutschen Bischöfe aus der Frontlinie gegen den Nationalsozialismus seit März/April 1933 geradezu ein »Junktim im Konkordat«: Sicherung der Kirchenrechte gegen die Preisgabe der politischen Repräsentation des deutschen Katholizismus.²² Das »Janusgesicht« des Zentrums lag für ihn in dessen Bereitschaft, »jeder etablierten Ordnung« »als stabilisierender Faktor« zu dienen. Solange die Verfassung der Republik bestand, bedeutete dies, den – 1932/33 eigentlich notwendigen – Verfassungsbruch zugunsten einer Papen-Diktatur unter allen Umständen zu meiden; nachdem die »neue Ordnung« des Führerstaats einmal etabliert war, forderte die »katholische Staatslehre und Ethik« Gewaltverzicht und Anpassung aus Gründen der Legalität. Die »Selbstpreisgabe« des Zentrums resultierte nach Junkers Mei-

18 »Kapitulation des Katholizismus«. Klaus SCHOLDER, *Die Kirchen und das Dritte Reich*, Bd. 1: *Vorgeschichte und Zeit der Illusionen 1918–1934*, Frankfurt/M. 1977, S. 300–321, 314; DERS., *Altes und Neues zur Vorgeschichte des Reichskonkordats. Erwiderung auf Konrad Reppen*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 26 (1978), S. 535–570.

19 Treffen Kaas – Papen im D-Zug-Abteil von München nach Rom am 8. April 1933, anschließend in Rom Verhandlungen zwischen Pacelli, Papen und Kaas.

20 So der Titel eines auch für Kaas' politische Auffassungen charakteristischen Aufsatzes in der *Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht*, Bd. 3 (1933), Teil 1, S. 488–522.

21 Ernst-Wolfgang BÖCKENFÖRDE, *Der deutsche Katholizismus im Jahre 1933*, in: Gotthard JASPER (Hg.), *Von Weimar zu Hitler 1930–1933*, Köln–Berlin 1968, S. 317–343, 341, 338 f.; vgl. auch Böckenfördes Aufsatz über *Kirchliches Naturrecht und politisches Handeln*, in: Ernst Wolfgang BÖCKENFÖRDE (Hg.), *Kirchlicher Auftrag und politisches Handeln. Analysen und Orientierungen*, Freiburg i.B. 1989, S. 161–191, 171 f.

22 Detlef JUNKER, *Die Deutsche Zentrumspartei und Hitler 1932/33. Ein Beitrag zur Problematik des politischen Katholizismus in Deutschland*, Stuttgart 1969, S. 190 ff.

nung aus der naturrechtlichen »prinzipiellen Indifferenz gegenüber den Staatsformen«, die es der Partei erlaubt habe, gemäß der faktischen Entwicklung einmal mit der Republik, einmal mit der Diktatur zu paktieren.²³ Für diese Auffassung lässt sich ein die Legitimität der Hitler-Regierung einräumendes Diktum des Zentrumsführers Wilhelm Marx anführen.²⁴ Der US-Historiker Noel D. Cary betont einerseits den Akzidentalismus der leoninischen Staatslehre und deren Einfluss auf das sich jeder rechtmäßigen Ordnung unterwerfende Zentrum, andererseits die schuldhafte Selbstaufgabe des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei; diese hätten, Hitler vertrauend, mit dem Ermächtigungsgesetz die institutionellen und moralischen Beschränkungen der diktatorischen Führergewalt weggeräumt. Im Gegensatz zu Ludwig Windthorst's Widerstand gegen das Arrangement zwischen Leo XIII. und Bismarck habe Kaas durch seine Förderung der Übereinkunft zwischen Hitler und Pius XI. seine Partei einer tödlichen »Reform« ausgeliefert.²⁵ Gegen den gelehrten Vergleich lässt sich einwenden, dass die Fronten im März 1933 längst nicht mehr so geschlossen waren wie zu Bismarck's Zeiten. Hitler, der 1929 die Lateranverträge begrüßt hatte,²⁶ ging nun auf die Konkordatspläne des prominenten Rechtskatholiken, Ex-Kanzlers und Kabinettsmitglieds Franz von Papen ein.²⁷ Angesichts der Tatsache, dass vorher die Parteienkonstellation im Reichstag den Abschluss eines Reichskonkordats als aussichtslos hatte erscheinen lassen, konnte von dieser überraschenden Wendung erheblicher Druck auf den politischen Katholizismus ausgehen.

Die Aktualität der Thematik wird bezeugt durch neue Veröffentlichungen, von denen neben der (bereits erwähnten) Arbeit von Noel D. Cary exemplarisch die Bücher von John Cornwell²⁸ und William L. Patch²⁹ genannt seien – ersteres eine quellenmäßig matt unterlegte »Anklage« gegen Pius XII., letzteres eine dem komplizierten Forschungsstand gerecht werdende, die unveröffentlichten Brüning-Papiere heranziehende und ausgewogen urteilende Teil-

23 »Der Untergang der Partei entbehrte nicht der inneren Logik«. Ebd. S. 235 f., 141 ff., 154.

24 Noel D. CARY, *The Path to Christian Democracy. German Catholics and the Party System from Windthorst to Adenauer*, Cambridge/Mass. 1996, S. 139.

25 Ebd. S. 142.

26 Dazu Konrad REPGEN, *Die Außenpolitik der Päpste im Zeitalter der Weltkriege*, in: *Handbuch der Kirchengeschichte*, Bd. 7: *Die Weltkirche im 20. Jahrhundert*, hg. v. Hubert JEDIN, Konrad REPGEN, Freiburg i.B.- Basel-Wien 1985 (1979), S. 56 ff.

27 »Einigung Papen-Hitler über den Konkordatsplan sicher vor dem 23. März, möglicherweise aber schon vor dem 17. März«: Darin offenbar Übereinstimmung zwischen K. SCHOLDER, *Altes und Neues* (wie Anm. 18), S. 551, und K. REPGEN, *Über die Entstehung* (wie Anm. 12), S. 520–522: Im März »Konkordatsatmosphäre« nach dem Zeugnis des Staatssekretärs (1925–1933) im preußischen Kultusministerium Aloys Lammers.

28 *Pius XII., der Papst, der geschwiegen hat*. Aus dem Englischen übersetzt von Klaus Kochmann, München 1999.

29 *Heinrich Brüning and the Dissolution of the Weimar Republic*, Cambridge 1998.

Biographie über den letzten Zentrumskanzler. Auch haben neue Quellenpublikationen detailliertes behörden-, institutions- oder kulturgeschichtliches Material ausgebreitet; es beleuchtet wichtige Aspekte der Tragödie des politischen Katholizismus, ist gleichwohl noch nicht in wünschenswertem Maß ausgewertet, obschon das Erscheinen teils schon länger zurückliegt. Zu nennen sind etwa die Protokolle der Reichstagsfraktion der Zentrumspartei,³⁰ Morseys Quellenband über das Ermächtigungsgesetz,³¹ Josef und Ruth Beckers Dokumentensammlung über Hitlers Machtergreifung,³² die Kabinettsprotokolle der Regierung Hitler,³³ die »Kirchlichen Akten« aus der Quellenreihe der Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte.

Die Interpretationen eines naturrechtlich begründeten Relativismus in politics müssen sich den Vergleich mit dem politischen Verhalten des Zentrums in der Weimarer Republik gefallen lassen. Dessen Staatslehre war gemäß ihren neuscholastischen Ausgangspunkten an der zweckhaften Ordnung der staatlichen Gemeinschaft ausgerichtet, vermochte damit den Wert des geordneten Staatslebens in der Tat über die Staatsform zu setzen. Allerdings hatte in der Revolution von 1918 diese Auffassung gerade die Stellungnahme für die parlamentarische Republik begünstigt. Noch am 29. August 1932 setzte sich die Reichstagsfraktion in einer Erklärung energisch für den Erhalt der Verfassung ein. Diese »verfassungsmäßige Politik« sei »kein taktisches Spiel, [...] sondern das pflichtgemäße Handeln einer Partei, für die die Wahrung verfassungsmäßiger Zustände Volkswohl bedeutet und politischer Lebensinhalt ist«³⁴. Zumal vor den entscheidenden Wahlen der Jahre 1932 und 1933 hat sich die Partei gegen Diktatur, gegen einseitige Parteiherrschaft, gegen die »Hitlerdiktatur«, für den »freien deutschen Volksstaat«, für die Freiheit der Meinungsäußerung, für die Zusammenarbeit der Parteien und die Grundrechte der Reichsverfassung ausgesprochen.³⁵ Hinzu kam die geistige Auseinandersetzung mit der na-

30 *Die Protokolle der Reichstagsfraktion und des Fraktionsvorstands der Deutschen Zentrumspartei 1926–1933*, bearb. v. Rudolf MORSEY, Mainz 1969; *1920–1925*, bearb. v. Rudolf MORSEY u. Karsten RUPPERT, Mainz 1981.

31 Siehe oben Anm. 6.

32 Josef u. Ruth BECKER (Hg.), *Vom Machtantritt Hitlers 30. Januar 1933 bis zur Besiegelung des Einparteienstaates 14. Juli 1933*, München ²1992 (¹1983) (mit einem sehr nützlichen Anhang: Zeittafel, Wahlergebnisse, Glossar und ausführliches Register).

33 *Akten der Reichskanzlei. Die Regierung Hitler*. Teil 1, 1933/34, Bd. 1: 30. Januar bis 31. August 1933; Bd. 2: 12. September 1933 bis 27. August 1934, bearb. v. Karl-Heinz MINUTH, hg. v. Konrad REPGEN u. Hans BOOMS, Boppard 1983.

34 *Die Protokolle der Reichstagsfraktion 1926–1933* (wie Anm. 30), S. 583 f.

35 Nachweise bei D. JUNKER (wie Anm. 22), S. 84 ff., in den Stenographischen Berichten des Reichstags, in den Fraktionsprotokollen, im Politischen Jahrbuch der Zentrumspartei: für Kaas vgl. G. MAY (wie Anm. 9), Bd. 1, S. 360 f. Bedeutete das Eintreten für den Rechtsstaat keine Diskussion politischer Grundsatzfragen, die Jutta Bohn beim Zentrum vermisst? Jutta BOHN, *Das Verhältnis zwischen katholischer Kirche und faschistischem Staat in Italien und die Rezeption in deutschen Zentrumskreisen (1922–1933)*, Frankfurt/M. 1992, S. 193.

tionalsozialistischen Weltanschauung und deren Hauptvertreter Alfred Rosenberg, geführt vor allem von geistlichen Autoren, von Michael Buchberger in Regensburg, Anton Scharnagl, Emil Muhler, P. Erhard Schlund und Georg Moenius in München, von Friedrich Muckermann in Münster und Franz Xaver Eggersdorfer in Passau. Diese Autoren zogen den Trennungsstrich zur Ersatzreligion arischer und germanischer Rassengläubigkeit, deren Wurzeln im weltanschaulichen Materialismus und Darwinismus des 19. Jahrhunderts lagen.³⁶ Sie erkannten deutlich, dass die weltanschaulichen Grundlagen des Biologismus mit den christlichen Schöpfungslehren unvereinbar waren. Von ihren ausgeprägten philosophischen Grundlagen her haben der »bekenntnistreue« Katholizismus und der Episkopat auch den übertriebenen Nationalismus und die zunehmende Brutalität der Auseinandersetzung bei den extremen Kräften kritisiert.³⁷ Es spricht einiges dafür, dass, verglichen mit anderen politischen Gruppen, das Zentrum, die Bayerische Volkspartei und die Vertreter der Kirche auf einer besonders grundsätzlichen Ebene die Geistesart der Völkischen und der Nationalsozialisten bekämpften, auch wenn ihnen wie anderen wegen der Neuartigkeit des Auftretens totalitärer Ideologien die begriffliche Trennschärfe einer systematischen oder phänomenologischen Klassifizierung dieser Bewegungen noch nicht zu Gebote stand. Zurückblickend auf Handlungsmuster der Vergangenheit, glaubte man, in einem neuen Kulturkampf zu stehen.

Daraus lässt sich folgern, dass das Zentrum sich nicht wegen seiner geistigen Disposition über die Weltanschauungsfront hinwegsetzte, die es vom Nationalsozialismus trennte – was in sich widersprüchlich gewesen wäre –, sondern dass es zunächst wegen der allgemein- und koalitionspolitischen Zwänge, denen es sich ausgesetzt sah, gewichtige prinzipielle Bedenken zurückstellte und Verhandlungen mit der NSDAP begann. Seit dem Sturz Brünnings im Mai 1932 und den Wahlergebnissen dieses Jahres drohte eine negative Mehrheit von rechts- und linksextremen Kräften in Preußen und im Reich. Angesichts der

36 Raimund BAUMGÄRTNER, *Weltanschauungskampf im Dritten Reich. Die Auseinandersetzung der Kirchen mit Alfred Rosenberg*, Mainz 1977, S. 138 ff.; Matthias MARTIN, *Für Gott und gegen den Führer? Das Verhältnis von NS-Bewegung und katholischer Kirche vor der Machtergreifung Hitlers im Deutschen Reich*, Innsbruck 1996, S. 49 ff., 98 ff.; Friedrich MUCKERMANN, *Im Kampf zwischen zwei Epochen. Lebenserinnerungen*, bearb. v. Nikolaus JUNK, Mainz 1973, S. 519 ff., 548; Ernst DEUERLEIN, *Zur Vergegenwärtigung der Lage des deutschen Katholizismus 1933*, Teil 1–3, in: *Stimmen der Zeit* 168 (1960/61), S. 1–23, 90–116, 196–223; *Die Protokolle der Reichstagsfraktion 1920–1925* (wie Anm. 30), S. 502 (19. Nov. 1923). Der Passauer Hochschulprofessor Eggersdorfer wurde wegen seines Auftretens gegen die Nationalsozialisten sogleich mit Entlassung bestraft: Anton LANDERSDORFER, *Ein geistiges Zentrum in Bedrängnis: Die Philosophisch-Theologische Hochschule*, in: Winfried BECKER (Hg.), *Passau in der Zeit des Nationalsozialismus, Ausgewählte Fallstudien*, Passau 1999, S. 439–466.

37 R. BAUMGÄRTNER (wie Anm. 36), S. 142 f., 146, 157–176; *Akten deutscher Bischöfe über die Lage der Kirche 1933–1945*, Bd. 1: 1933–1934, bearb. v. Bernhard STASIEWSKI, Mainz 1968, S. 2 (Hirtenbrief Conrad Gröbers v. 10. Febr. 1933); Wieland VOGEL, *Katholische Kirche und nationale Kampfverbände in der Weimarer Republik*, Mainz 1989, S. 327–339.

Diktaturgelüste Papens und Schleichers rückte der greise Reichspräsident für die Anhänger der Verfassung immer mehr in die Rolle eines konstitutionellen Garantiefaktors, während seine verfassungsmäßig vorgesehene Volkswahl das Anwachsen des antiparlamentarischen Nationalsozialismus begünstigte. Schienen die bisher erprobten Koalitionen kaum noch gangbar zu sein, so führten aber auch die Versuche eines Zusammengehens mit den Nationalsozialisten – oder mit Papen – bald in die Sackgasse.

Die Verhandlungen im Mai und Juni 1932 um die Aufnahme von NSDAP-Mitgliedern in das preußische Kabinett schienen ratsam nach Papens Drohung, in Preußen einen Staatskommissar einzusetzen. Das Zentrum fürchtete zunächst Papens Angriff auf das demokratische System in Preußen mehr als die vom Nationalsozialismus ausgehende Umstürzbewegung. Nach dem »Preußenschlag« vom 20. Juli 1932 sollten die Gespräche zwischen dem Zentrum und der NSDAP dazu dienen, mit parlamentarischen Mitteln das Reichskommissariat zu beenden und eine neue preußische Regierung zustande zu bringen. Die Reichstagswahlen vom 31. Juli 1932 ergaben eine Verdoppelung der nationalsozialistischen Mandate. Nun erschien auch hier das »Zusammengehen zwischen Zentrum und Nationalsozialisten« als »die einzige denkbare Möglichkeit zu einer regierungsfähigen Mehrheitsbildung«³⁸. Durch Teilnahme an der Regelung sollten die Nationalsozialisten »gezähmt« werden. Dass man auch anderswo deren Gefährlichkeit nicht gebührend wahrnahm, zeigte die SPD mit ihrer Einschätzung, die Kommunisten seien bedrohlicher als die Nationalsozialisten (Ende 1930).³⁹ Die Führungskreise des Zentrums hätten einer Regierungsbeteiligung der Nationalsozialisten, sogar bis zur Länderebene hinab, schon seit 1930 zugestimmt,⁴⁰ um die Schreihälse sich »abkämpfen« zu lassen,⁴¹ »ihre Demagogie zu entlarven«⁴² und »ihre blutige Ignoranz« bloßzustellen.⁴³ Dennoch erschien das »Experiment«, ob schon »aus pädagogischen Gründen« empfehlenswert, als zu gewagt. In der Zentrumsfraktion fürchtete man, es könne den wirtschaftlichen Ruin, einen erheblichen außenpolitischen Ansehensverlust und die Verhärtung der Fron-

38 Herbert HÖMIG, *Das preußische Zentrum in der Weimarer Republik*, Mainz 1979, S. 269, 260–267; vgl. Martin SCHUMACHER, *Zwischen »Einschaltung« und »Gleichschaltung«. Zum Untergang der Deutschen Zentrumspartei 1932/33*, in: *Historisches Jahrbuch 99* (1979), S. 268–303.

39 *Die Protokolle der Reichstagsfraktion 1926–1933* (wie Anm. 30), S. 499 (12. Dez. 1930).

40 So Brüning im September 1945 gegenüber US-Offizieren. *Heinrich Brüning. Briefe und Gespräche 1934–1945*, hg. v. Claire NIX unter Mitarbeit von Reginald PHELPS und George PETTEE, Stuttgart 1974, S. 540.

41 *Die Protokolle der Reichstagsfraktion 1926–1933* (wie Anm. 30), S. 574 f. (1. Juni 1932).

42 Ebd. S. 480 (13. Okt. 1932).

43 Rede von Kaas in Kassel am 4. Jan. 1931. Ebd. S. 507, Anm. 7 (zur Sitzung v. 3. Febr. 1931).

ten gegenüber der SPD zur Folge haben, so dass es nachher nichts mehr »zu retten gäbe«⁴⁴.

Wie sah die Alternative aus? Abgesehen davon, dass Papen als Zentrumsrenegat galt und er für den Sturz Brüning's verantwortlich gemacht wurde, befürchtete die Zentrumsfraktion von wiederholten Reichstagsauflösungen und Wahlen die Aushöhlung der Verfassung und ein Anwachsen der Unruhen: »[...] denn verfassungswidriges Verhalten löst Illegalität der Nationalsozialisten aus«⁴⁵. Man hätte sich mit dem eigenen Machtverlust abfinden müssen, hatte doch Papen das Zentrum im Reichstag in die Oppositionsrolle versetzt und in Preußen die Regierungskoalition des Zentrums mit den Sozialdemokraten und der Deutschen Demokratischen Partei beendet. Zudem umwarb Papen die NSDAP.⁴⁶ Schließlich argwöhnten maßgebliche Zentrumsabgeordnete, Papen wolle gar keinen arbeitsfähigen Reichstag, weil er mit seinem Kabinett von Industriellen und Schlotbaronen besser eigensüchtige wirtschaftliche und soziale Ziele durchsetzen könne.⁴⁷

Die von Papen angezettelte Dauerkrise des Parlaments, durch die Novemberwahlen des Jahres 1932 verstärkt, wertete Hitler immer mehr als ernstzunehmenden Gesprächspartner auf. Er entdeckte bei den Verhandlungen, die er mit Zentrumsvertretern über die Wahl eines neuen Reichstagspräsidiums und über eine »arbeitsbereite Mehrheit« führte, eine die Nationalsozialisten und das Zentrum verbindende Verwurzelung im Volk.⁴⁸ Den aufmerksamen Zuhörern entging nicht, dass Hitler die angestrebte Regierungsbasis und Zusammenarbeit auf das Vertrauen des (manipulierbaren) Reichspräsidenten statt auf ein »Koalitionskabinett alten Stils« und auf die Verfassung gegründet wissen wollte. Deutlicher wurde der neu ernannte Reichskanzler bei dem ersten Gespräch, das er mit Kaas und Ludwig Perlitius am 31. Januar 1933 führte. Er reduzierte hier seine Verantwortung auf die des Parteiführers der Nationalsozialisten und lehnte unter Berufung auf Hugenberg die »Parlamentsherr-

44 Ebd. u. Anm. 38, 39. Vgl. R. MORSEY, *Untergang* (wie Anm. 3), S. 56–69; *Die Protokolle der Reichstagsfraktion 1926–1933* (wie Anm. 30), S. 567 (9. Mai 1932), 581 f. (29. Aug. 1932).

45 *Die Protokolle der Reichstagsfraktion 1926–1933* (wie Anm. 30), S. 588 (12. Sept. 1932).

46 Ebd. S. 586 (12. Sept. 1932). In dem für die Auflösung des Preußischen Landtags zuständigen Dreimännergremium ersetzte Papen Otto Braun (SPD) und rief dadurch den Protest des Zentrumsmitglieds Konrad Adenauer (6. Febr. 1933) hervor, der sich gegenüber Papen und dem NSDAP-Vertreter Kerrl in die Minderheit gebracht sah. HÖMIG (wie Anm. 38), S. 274.

47 Wie Anm. 39; Äußerung Peter Tremmels »gegen die reaktionären Verordnungen der Papen-Regierung« mit dem Abbau »ganzer Sozialeinrichtungen« und kaufkrafthemmenden Lohnkürzungen (9. Dez. 1932). *Stenographische Berichte des Deutschen Reichstags*, VII. Wahlperiode, Bd. 455, S. 68.

48 Hitler am 10. Sept. 1932: »Zentrum ist gut fundiert, ist nicht zu vernichten, Nationalsozialisten wurzeln auch im Volk, also muss Zusammenarbeit möglich sein« (wie Anm. 45, S. 586, 12. Sept. 1932). Vgl. R. MORSEY, *Die Deutsche Zentrumspartei* (wie Anm. 7), S. 320–322.

schaft«⁴⁹, eine parlamentarische Verbreiterung seines Minderheits-Koalitionskabinetts, ab.

Die sehr großen Schwierigkeiten einer Koalitionsbildung zwischen der BVP, dem Zentrum und der NSDAP, die nur zwischen den Reichstagswahlen vom 31. Juli und 6. November 1932 eine Mehrheit ermöglicht hätte,⁵⁰ müssen Kaas schon vor dieser endgültigen Absage überdeutlich geworden sein. Vor allem Brüning äußerte sich mehrmals kritisch über den Annäherungskurs, wie aus den Protokollen der Zentrumsfraktion hervorgeht. Diese Ablehnung des Nationalsozialismus gehört zum politischen Profil des Ex-Kanzlers, dessen Regieren mit Notverordnungen und angeblich monarchistische Ziele mehrfach zur negativen Qualifikation seines politischen Handelns führten.⁵¹ Waren die Deutschnationalen, die früheren Koalitionspartner, noch eher rechtsstaatlich eingestellt,⁵² nannte Brüning die Unzuverlässigkeit der Nationalsozialisten, die sich über getroffene Abmachungen hinwegsetzen würden, beim Namen.⁵³ Die Basis des Zentrums zeigte sich verunsichert. Eine bedeutende Führungsfigur wie der Fraktionsvorsitzende der BVP, Johann Leicht, bekämpfte die Nationalsozialisten öffentlich als undemokratisch. In der 1932/33 gegebenen

49 Die Protokolle der Reichstagsfraktion 1926–1933 (wie Anm. 30), S. 612 (31. Jan. 1933).

50 Alfred MILATZ, *Das Ende der Parteien im Spiegel der Wahlen 1930 bis 1933*, in: E. MATTHIAS/R. MORSEY, *Das Ende* (wie Anm. 7), S. 741–793, 787. Vgl. Josef BECKER, *Brüning, Prälai Kaas und das Problem einer Regierungsbeteiligung der NSDAP 1930–1932*, in: *Historische Zeitschrift* 196 (1963), S. 74–111.

51 Brüning übertrieb in seinen Memoiren offenbar seine Begeisterung für die Hohenzollern, um die Verdächtigung der nationalen Unzuverlässigkeit, die er hinter seiner Entlassung durch Hindenburg vermutete, zu entkräften. Rudolf MORSEY, *Zur Entstehung, Authentizität und Kritik von Brünings »Memoiren 1918–1934«*, Opladen 1975, S. 50 ff.; Andreas RÖDDER, *Dichtung und Wahrheit. Der Quellenwert von Heinrich Brünings Memoiren und seine Kanzlerschaft*, in: *Historische Zeitschrift* 265 (1997), S. 77–116; in einem Atemzug von den nationalsozialistischen »Verfassungsfeinden« und den »verfassungsfeindlichen Zielen« Brünings zu sprechen, ist zumindest terminologisch unscharf: Karl Otmar Freiherr von ARETIN, *Brünings ganz andere Rolle. Seine Verfassungspläne. Bemerkungen zu den Memoiren*, in: DERS., *Nation, Staat und Demokratie in Deutschland. Ausgewählte Beiträge zur Zeitgeschichte*. Zum 70. Geburtstag des Verfassers hg. v. Andreas KUNZ u. Martin VOGT, Mainz 1993, S. 107–117, hier S. 113; vgl. Karl Dietrich BRACHER, *Brünings unpolitische Politik und die Auflösung der Weimarer Republik*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 19 (1971), S. 113–125. Von neueren Arbeiten: Gerhard SCHULZ, *Zwischen Demokratie und Diktatur. Verfassungspolitik und Reichsreform in der Weimarer Republik*, Bd. 3: *Von Brüning zu Hitler. Der Wandel des politischen Systems in Deutschland 1930–1933*, Berlin–New York 1992; Astrid Luise MANNES, *Die Agrarpolitik der Regierung Brüning. Eine Auswertung der edierten Quellen und Literatur*, Aachen 1997; DIES., *Heinrich Brüning. Leben – Wirken – Schicksal*. Mit einem Vorwort von Bundesminister a. D. Dr. Gerhard Stoltenberg, München 1999, S. 180–200; L. PATCH (wie Anm. 29), S. 1–13 (mit Auswertung der Brüning Papers – u. a. 7000 Briefe – im Harvard University Archive).

52 Vgl. die Äußerung Stegerwalds am 12. Sept. 1932. *Die Protokolle der Reichstagsfraktion 1926–1933* (wie Anm. 30), S. 587.

53 »Die NSDAP spekuliere auf weiterführende Dinge«. Ebd. S. 609 (26. Jan. 1933).

Situation schärfte Brüning der Fraktion erneut das Rechtsstaatsverständnis ein, forderte dazu auf, »den Rechtsgedanken und den Rechtsstaat mit allen Mitteln zu verteidigen und zu erhalten«⁵⁴. Offenbar blieb nur die Wahl, sich auf die Verteidigung des Verfassungsstaats zurückzuziehen. Die Zentrumsführung konzidierte den Nationalsozialisten nicht die Beeinträchtigung der Rechte des Reichspräsidenten, verweigerte den autoritären Reichskanzlern Schleicher und Papen aber auch die Vertagung oder erneute Auflösung des Reichstags, weil ein »echter Staatsnotstand« nicht vorliege.⁵⁵

In dieser Dauerkrise verfiel Kaas auf den Gedanken einer die Parteien und Institutionen übergreifenden Sammlung. Seine Sammlungsparole sprach er am 17. Oktober 1932 in Münster aus. Drei bis fünf politischen Führern sollte die Bildung einer »deutschen Not- und Mehrheitsgemeinschaft« anvertraut werden.⁵⁶ Einen Monat später dachte Kaas an eine »Notgemeinschaft im Parlament«⁵⁷. Die »Kölnische Volkszeitung« forderte »die große Konzentration aller arbeitswilligen und positiven Kräfte«⁵⁸; die neue Sammlung sollte eine dem Wohl des ganzen Volkes sowie der selbstlosen Sacharbeit verpflichteten Treuegemeinschaft sein.

Im Dienst dieses Sammlungsgedankens zeigte sich Kaas sogleich nach dem Wahlausgang vom 6. November 1932 »auf der Lauer«⁵⁹ und handlungsbereit. Erreicht wurde nur die Ausschaltung des Zentrums und der BVP am 30. Januar 1933. Auch eine koalitionspolitische Alternative nach links, durch Heranziehung der SPD, war nicht sichtbar. Die Sozialdemokraten sahen sich nach den Novemberwahlen erneut geschwächt. Eine »schwarz-rot-braune Koalition« geisterte im Dezember 1932 nur noch als Propagandagespenst der Deutschnationalen durch den Reichstag. Angesichts der Unbeweglichkeit und der Kräfteverhältnisse der Parteien spielte Kaas' Reserve gegenüber einer Koalition mit der SPD, die er von seinem akademischen Lehrer Ulrich Stutz übernommen haben könnte,⁶⁰ keine Rolle mehr.

54 Ebd. S. 599 (29. Nov. 1932); so auch im Wahlkampf vom Februar 1933. L. PATCH (wie Anm. 29), S. 294.

55 *Die Protokolle der Reichstagsfraktion 1926–1933* (wie Anm. 30), S. 606 f. (20. Jan. 1933), S. 609 (26. Jan. 1933), S. 509 (5. Febr. 1931), S. 588 (12. Sept. 1932); S. 587 (12. Sept. 1932); gegen die »Behinderung« des Reichspräsidenten durch die Geschäftsordnung, die die NSDAP vorschlug. Ein Gesetzentwurf Wilhelm Fricks (NSDAP) zur Änderung der Reichsverfassung, beraten am 9. Dez. 1932, sah vor, den Reichspräsidenten im Falle der Verhinderung oder »vorzeitiger Erledigung der Präsidentschaft« durch den Präsidenten des Reichsgerichts vertreten zu lassen.

56 R. MORSEY, *Untergang* (wie Anm. 3), S. 70–73.

57 *Die Protokolle der Reichstagsfraktion 1926–1933* (wie Anm. 30), S. 599 (29. Nov. 1932).

58 Vom 20. Nov. 1932. Ebd. S. 597, Anm. 4.

59 Wie Anm. 57. Kaas habe »ohne Abstimmen mit Brüning« seine Sondierungen geführt: Gottfried Reinhold TREVIRANUS, *Das Ende von Weimar. Heinrich Brüning und seine Zeit*, Düsseldorf–Wien 1968, S. 374.

60 G. MAY (wie Anm. 9), Bd. 1, S. 377, Bd. 2, S. 664–686.

Bekanntlich haben das Zentrum (72 Abgeordnete) und die Bayerische Volkspartei (19) dem Ermächtigungsgesetz geschlossen zugestimmt; das Zentrum hat sich dabei über eine Minderheit von 12 bis 14 Stimmen, die vorher bei einer Probeabstimmung zutage getreten war, hinweggesetzt.⁶¹ Die Schicksalhaftigkeit der Entscheidung wurde tief empfunden. Der württembergische Staatspräsident Eugen Bolz befürchtete eine ganz schlimme »innere Entwicklung«⁶², der BVP-Abgeordnete Anton Wiedemann sah sich »sein Todesurteil selbst unterschreiben«⁶³, Heinrich Brüning erblickte im Ermächtigungsgesetz »das Ungeheuerlichste, was je von einem Parlamente gefordert worden wäre«⁶⁴, Ludwig Kaas fand »unsere Entscheidung schwerer als selbst die über den Versailler Vertrag«⁶⁵.

Welche Erklärungen können für das Ja zum Ermächtigungsgesetz gefunden werden? Nach dem hinhaltenden Widerstand gegen Papen und Schleicher war dieses Verhalten überraschend und inkonsequent. Es lag mitnichten auf der Linie des Zähmungskonzepts, wenn Hitler und Göring, etwa mit ihren Entlassungsdrohungen, selbst nun imstande waren, »die Peitsche des Dompteurs« zu schwingen (Gottfried Reinhold Treviranus). Auf dieser Linie lag eher noch Konrad Adenauers am 4. März 1933 geäußerte, aussichtslose Empfehlung,⁶⁶ den Fortbestand des parlamentarischen Lebens durch die Zusammenarbeit des Zentrums mit Hitler und Hugenberg zu gewährleisten. Das Ermächtigungsgesetz aber intendierte etwas ganz anderes, nämlich die Ausschaltung des Reichstags, und machte auch die Mitarbeit jener »Führer« und Parteien entbehrlich, die zur Realisierung der von Kaas propagierten Sammlungsparole notwendig gewesen wäre.

Die nun gefällte, historische Entscheidung lässt sich zunächst einmal nicht nur aus der Handlungslogik einer einzigen beteiligten Gruppe – Zentrum- und BVP-Fraktion zusammengenommen – erklären. Die äußeren Determinanten der nahezu ausweglosen Situation bildeten die schwerwiegenden Strukturdefizite des Weimarer Staats, die Wahlergebnisse und die daraus folgenden innenpolitischen Entwicklungen, die Personalkonstellation an der

61 Nein bei der Probeabstimmung u.a.: Dr. Heinrich Brüning, Dr. Eugen Bolz, Dr. Fritz Bockius, Dr. Joseph Wirth, Dr. Johannes Schauff, Prof. Friedrich Dessauer, Helene Weber, Hermann-Josef Schmitt, Josef Joos, Adam Stegerwald, Johannes Schauff.

62 Bolz an seine Frau, 20. März 1933. *Das »Ermächtigungsgesetz«* (wie Anm. 6), S. 39.

63 Wiedemann an seine Frau, 22. März 1933. Ebd. S. 44.

64 So in der Zentrumsfraktion am 23. März 1933. Ebd. S. 48.

65 Im Vorstand der Zentrumsfraktion am 20. März 1933. *Die Protokolle der Reichstagsfraktion 1926–1933* (wie Anm. 30), S. 622.

66 4. März 1933 gegenüber Frh. Schmittmann nach dem Tagebucheintrag des Historikers Jean de Pange. Hans Peter MENSING, »... *Den Kopf oben halten, sich nicht unterkriegen lassen...*« *Einige Ergänzungen der biographischen Dokumentation »Adenauer im Dritten Reich«*, in: *Geschichte im Westen* 9 (1994), S. 84–106, 89.

Staatsspitze und die Skrupellosigkeit und Machtbesessenheit des neuen Reichskanzlers.

Die Fehler, die das Zentrum und seine Repräsentanten selbst begingen, hingen mit der ins Kaiserreich zurückweisenden Strukturschwäche des gesamten Parteiensystems zusammen. Der Wähler hatte die koalitionsfreie Sachpolitik der Partei der Mitte nicht honoriert. Frustrierend wirkte angesichts dieses staatstragenden Programms die Schwäche des geringen, noch leicht zurückgehenden Stimmenanteils: Am 20. Mai 1928 erreichten Zentrum und BVP 12,1 und 3,1 Prozent, am 5. März 1933 11,2 und 2,7 Prozent. Mochte es Brüning angebracht scheinen, aus inhaltlichen, sachlichen Gründen der Verantwortung für das Ganze eine vom Parlament unabhängige, allenfalls tolerierte Regierungsweise zu praktizieren, so lag aus heutiger Sicht in dieser Nebenfolge das eigentliche Problem, weil sich ein Gewöhnungseffekt für zunehmend als normal erachtete Formen der Präsidialdiktatur ergab. Ungut wirkte auch sicherlich die Distanzierung von den höheren »bürgerlichen«, als reaktionär erachteten Kreisen, sichtbar in der zeitweisen Bevorzugung der NSDAP gegenüber Papen und bei der Frage der Ostsiedlung.⁶⁷ Sie schwächte die Resistenz gegenüber der nationalsozialistischen Propagandathese, die NSDAP teile die »Volksverbundenheit« mit dem Zentrum,⁶⁸ und stärkte die von Mai bis August sich steigernde Bereitschaft von Zentrumsanhängern, zur NSDAP überzulaufen. Noch hatten die Zentrumsabgeordneten allerdings nicht die Erfahrung gemacht, »dass es gegenüber einem totalitären Regime keine Mitgestaltung, sondern lediglich Unterwerfung oder Widerstand geben kann«⁶⁹. Indikatoren für wachsende Unsicherheit waren die Überlegungen, eine Richtungsentscheidung zwischen »rechts« und »links« vorzunehmen.⁷⁰ Angesichts der Krise wuchs die Neigung, unter Zurücknahme von Gesinnungsbedenken Verantwortungsbewusstsein für angeblich unumgängliche Maßnahmen des Gemeinwohls zu demonstrieren. Der Pakt mit den Sozialdemokraten 1918/19 musste nun als historisches Vorbild für Kompromissbereitschaft gegenüber den Nationalsozialisten herhalten.

67 *Die Protokolle der Reichstagsfraktion 1926–1933* (wie Anm. 30), S. 600 (29. Nov. 1932) u.ö.; vgl. oben Anm. 41, M. SCHUMACHER (wie Anm. 38), S. 301.

68 *Die Protokolle der Reichstagsfraktion 1926–1933* (wie Anm. 30), S. 612 f. (31. Jan. 1933).

69 Klaus HILDEBRAND, *Das Dritte Reich*, München ⁴1991, S. 4.

70 Am 2. Febr. 1933 forderte Adenauer, die Mitte herauszustellen, Helene Weber, die verbreitete »Einstellung gegen Linksflügel« im Wahlkampf zu übernehmen. *Die Protokolle der Reichstagsfraktion 1926–1933* (wie Anm. 30), S. 617 f.; vgl. Karsten RUPPERT, *Im Dienst am Staat von Weimar. Das Zentrum als regierende Partei in der Weimarer Demokratie 1923–1930*, Düsseldorf 1992, S. 413.

Kaas sah am 5. April 1933 die »demoliberalen Einrichtungen in einen Umschmelzungsprozess von grundlegendem Ausmaß hineingezogen«⁷¹; »gewisse äußere Formen« des »demokratischen Systems« hatten zurückzutreten gegenüber den »Realitäten von heute«; das »Übermaß formaler Freiheiten« sollte durch eine notwendige »Disziplinierung« überwunden werden: Als Richtmaß dafür bemühte Kaas das »staatspolitische Ethos der deutschen Zentrumspartei«, ihr »staatsmännisches Kredo«, den »staatspolitischen Imperativ der Stunde«. Das Ja zum Ermächtigungsgesetz gewähre Teilhabe am »Evolutionsprozess« von Deutschlands Gesundung und Wiederaufstieg. Kaas motivierte es eben nicht mit dem »statischen« Naturrechtsbegriff, sondern unterschied zwischen dem Proprium des »Glaubens« und der politisch gebotenen »Anpassungsfähigkeit« an die Zeitverhältnisse, schwächte so den vom Zentrum stets unter Schwierigkeiten aufrechterhaltenen Vermittlungszusammenhang zwischen moralisch-rechtlicher Grundorientierung und politischem Handeln. Sein Plädoyer für ein »entpersönlichtes« Votum entfernte sich zumindest verbal von den personenbezogenen Pflicht- und Güterabwägungen einer christlichen Staatslehre. Er ergänzte die »Hierarchie der Werte« charakteristischerweise durch die »der Kräfte«, qualifizierte – als Vertreter einer sich »Verfassungspartei« nennenden Gruppierung – die verfassungsmäßigen Freiheiten als formal.

Das sonst bei Kaas anzutreffende Bekenntnis zu einer übergreifenden Rechtsordnung im Leben der Völker weicht hier der Reklamation einer Großmachtstellung für Deutschland und für Mussolinis Italien. Nach Angabe Brünings hatte sich Kaas sogar von den Landesvertretern des Zentrums bevollmächtigen lassen, die gegen das Ermächtigungsgesetz stimmenden Zentrumsmitglieder aus der Partei auszuschließen.⁷²

Die Zentrumsabgeordneten waren primär allerdings den Einschüchterungsaktionen der Regierung ausgesetzt. Die zahlreichen willkürlichen Verhaftungen kommunistischer und sozialdemokratischer Abgeordneter und Funktionäre ließen um das eigene Schicksal fürchten. Die Nationalsozialisten drohten sogleich mit der Entlassung aller dem Zentrum angehörenden Beamten. Diese Losung hatte Hermann Göring bereits am 7. März im Kabinett für den Fall, dass das Zentrum das Ermächtigungsgesetz ablehnte, ausgegeben; die Partei selbst sei höflich zu ignorieren. Zusätzlich schreckte das Beispiel der Beseitigung der Sozialdemokraten und des Partito popolare im faschistischen Ita-

71 Dieses und die folgenden Zitate aus dem von J. BECKER Ludwig Kaas zugeschriebenen Artikel »Der Weg des Zentrums« in der *Köln. Volkszeitung* v. 5. April 1933. Josef BECKER, *Zentrum und Ermächtigungsgesetz 1933*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 9 (1961), S. 195–210, hier S. 204–206.

72 Brüning an Treviranus, 9. Juli 1958. Harvard Univ. Archive FP 93.10. Nach A.L. MANNES, *Brüning* (wie Anm. 51), S. 183.

lien.⁷³ Schon die Reichstagsbrand-Notverordnung vom 28. Februar 1933 gab Hitler die Mittel an die Hand, auch ohne ein Ermächtigungsgesetz weitergehende Pläne durchzusetzen; ließ sich nicht, durch Mitwirken an einer noch irgendwie kontrollierten Ermächtigung, das Hitlerkabinett in den Grenzen einer gewissen Legalität halten und Blutvergießen vermeiden? Der Terrorismus der SS-Leute in und vor der Kroll-Oper war für die Sozialdemokraten wie für den Ex-Kanzler Brüning lebensgefährlich. Die stürmische Begeisterung der hauptstädtischen Massen anlässlich des Staatsakts von Potsdam ließ »die Herrschaft der NSDAP als unabwendbar« erscheinen.⁷⁴

Die Nationalsozialisten verliehen dem Verlangen nach autoritärer Ermächtigung Nachdruck dadurch, dass sie mit dem Bürgerkriegsgepenst drohten und gleichzeitig die Gewalt der innenpolitischen Auseinandersetzung selbst schürten. Seit dem 9. Dezember 1932 war der Reichstag nicht mehr zusammengetreten, insofern schon entmachtet. Am 23. März benötigte Hitler für die Zweidrittelmehrheit nach dem ungesetzlichen Ausschluss der 81 kommunistischen Abgeordneten noch 378 Stimmen von den 566 »gesetzlichen« Mitgliedern des Reichstags.⁷⁵ Wenn die Regierungskoalition (NSDAP, DNVP) und die kleineren Parteien (DVP, DSP, Deutsche Bauernpartei, Volksdienst) für das Ermächtigungsgesetz stimmten (wie es auch geschah), war er nur auf 25–30 Ja-Stimmen aus den Fraktionen des Zentrums und der BVP (92) angewiesen. Bewahrte das Zentrum keine Geschlossenheit, konnte es leicht in die Zerreißprobe geraten. Hätte ein zwischen SPD und Zentrum abgesprochenes Fernbleiben einer größeren Anzahl von Abgeordneten, wie Brüning anzunehmen scheint,⁷⁶ die Unversehrtheit der Abgeordneten sichern und zugleich das Ermächtigungsgesetz verhindern können? Das mutige »Nein« von 94 SPD-Abgeordneten führte nur deshalb nicht zu schlimmen Konsequenzen, weil der Reichstag insgesamt mit Mehrheit zustimmte. Dieser Meinung war jedenfalls der SPD-Vorsitzende Otto Wels, wenn er gegenüber dem Aachener Zentrumsabgeordneten Johann Ernst am Abend des 23. März äußerte, die Abgeordneten wären ohne das Ja des Zentrums nicht mehr aus der Kroll-Oper herausgekommen.⁷⁷

73 Karl Bachem am 25. März 1933. *Das »Ermächtigungsgesetz«* (wie Anm. 6), S. 83; zum folgenden ebd. S. 81, 43, 47, 88, 136–153, 188 f.; zur Verfolgung der kommunistischen Reichstagsabgeordneten: Konrad REGEN, *Ein KPD-Verbot im Jahre 1933?*, in: *Historische Zeitschrift* 240 (1985), S. 67–99.

74 Nach Meinung des Abgeordneten Carl Ulitzka vom 15. Dez. 1931. *Die Protokolle der Reichstagsfraktion 1926–1933* (wie Anm. 30), S. 557.

75 *Stenographische Berichte des Deutschen Reichstags, VIII. Wahlperiode*, Bd. 457, S. 40 (Göring); absolute Mehrheit mit 288 NSDAP-Mandaten.

76 H. Brüning an Johannes Maier-Hultschin, Cambridge/Mass., 20. Aug. 1947. *Das »Ermächtigungsgesetz«* (wie Anm. 6), S. 145.

77 *Deutschlands Weg in die Diktatur. Internationale Konferenz zur nationalsozialistischen Machtübernahme im Reichstagsgebäude zu Berlin. Referate und Diskussionen. Ein Protokoll*, hg. v. Martin BROSZAT/Ulrich DÜBBER u.a., Berlin 1983, S. 235; zu den Mehrheitsverhältnissen

Auch ohne die Annahme, dass Kaas von Hitlers und Papens Plänen, ein Reichskonkordat abzuschließen, gewusst habe, wäre Kaas' kooperationsbereites Verhalten einigermmaßen nachvollziehbar, wenn auch nicht zu billigen. Hitler drohte Kaas am 22. März offen mit dem Staatsnotstand, falls kein formelles Ermächtigungsgesetz zustande komme, wohl wissend, dass die Zentrumsfraktion dessen Proklamierung bisher abgelehnt hatte. Kaas entwickelte demgegenüber keine Widerstandskraft, äußerte die Furcht vor »unangenehmen Folgen für die Fraktion und die Partei. Es bliebe nur übrig, uns gegen das Schlimmste zu sichern«⁷⁸. In Abwandlung seiner Sammlungsidee⁷⁹ dürfte er die Schwerpunktverlagerung auf die neue Staatsautorität akzeptiert und sich mit der Gewinnung von Restbeständen konstitutioneller Kautelen beruhigt haben. Wie viele andere Zeitgenossen täuschte er sich in Hitler, bei dem er »Menschlichkeit«, und in Mussolini, bei dem er Unterscheidungsgabe⁸⁰ entdeckte. Der kirchenrechtlich geschulte Konkordats- und Vertragsexperte bestand allerdings nicht auf der brieflichen Bestätigung der von ihm als rechtsverbindlich erachteten Zusicherungen des amtierenden Regierungschefs. Abgekürzt wiedergegeben, bestanden diese in Garantien der Beibehaltung des Föderalismus, der Gleichheit vor dem Gesetz, des christlich-konfessionellen Einflusses auf die Schule und Erziehung. Auch die Länderkonkordate, die Unabsetzbarkeit der Richter, das Berufsbeamtentum, die Existenz des Reichstags und die Rechte des Reichspräsidenten sollten erhalten bleiben.⁸¹ Es verhiieß nichts Gutes, dass Hitler die Kommunisten sogleich von der Gleichheit vor dem Gesetz ausnahm und das Vetorecht des Reichspräsidenten einschränkte, das über die verfassungsmäßig eingeräumte Gegenzeichnung der Reichsgesetze gegeben war. Noch ließ sich allerdings nicht voraussehen, bis zu welch'

im Reichstag H. BRÜNING (wie Anm. 76). *Das »Ermächtigungsgesetz«* (wie Anm. 6), S. 141; zur Haltung der SPD vgl. den letzten Band der Trilogie von Heinrich August WINKLER, *Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930–1933*, Berlin–Bonn 1987.

⁷⁸ Zentrumsfraktion am 23. März 1933, 11.15. *Das »Ermächtigungsgesetz«* (wie Anm. 6), S. 47, vgl. ebd. S. 46 (Zentrumsfraktion 22. März 1933, 18.40).

⁷⁹ G. MAY (wie Anm. 9), Bd. 2, S. 583 ff., Bd. 1, S. 215 f. Vgl. den Kaas zugeschriebenen Zeitungsbeitrag: »*Der Weg des Zentrums*«, v. 5. April 1933 (wie Anm. 71). Vgl. D. JUNKER (wie Anm. 22), S. 177; R. MORSEY, Untergang (wie Anm. 3), S. 163 f.

⁸⁰ Dessen »*donum discretionis*«; Zit. nach D. JUNKER (wie Anm. 22), S. 197. Allerdings zeichnete auch H. BRÜNING, *Memoiren* (wie Anm. 13), Mussolini günstig, ohne ihn indes zu einer »Lichtgestalt« von »makelloser Helle« zu stilisieren, wie Ludwig VOLK, »*Brüning contra Pacelli. Ein Dokument korrigiert die Memoiren*« (Erstdruck im *Rheinischen Merkur* v. 27. Nov. 1970), übertreibend ausführt. Ludwig VOLK, *Katholische Kirche und Nationalsozialismus. Ausgewählte Aufsätze*, hg. v. Dieter ALBRECHT, Mainz 1987, S. 319. Kaas traute den Nationalsozialisten zeitweise eine »vernünftige« Politik zu. *Die Protokolle der Reichstagsfraktion 1926–1933* (wie Anm. 30), S. 596 (19. Nov. 1932).

⁸¹ Parallel-Druck der Forderungen von Kaas und der Zugeständnisse Hitlers: *Das »Ermächtigungsgesetz«* (wie Anm. 6), S. 49–52 und ff.; *Die Protokolle der Reichstagsfraktion 1926–1933* (wie Anm. 30), S. 627 f. (22. März 1933); vgl. D. JUNKER (wie Anm. 22), S. 160.

bitterem Ende Hitler schließlich die sofort sichtbaren diskretionären Aufweichungen der konstitutionellen Garantien treiben würde. Das letzte Ausnahmegesetz einer eindeutig illegale Mittel einsetzenden »Weimarer« Koalitionsregierung war nach der Reichstagsbrandverordnung der zweite Schritt auf einem Wege, der allmählich, die »Ermächtigung« mehr und mehr missbrauchend, zur Stabilisierung einer auf das reine Regierungs- und speziell auf das Führerrecht gegründeten Diktatur⁸² führte.

Die geschilderten Situationszwänge erklären nicht völlig das Verhalten der Zentrums- und der BVP-Fraktion und die Rolle, die Kaas dabei spielte. Der Zentrumsvorsitzende hielt im März und April enge Kontakte zum Vatikan. Für ihn hatten die »bona particularia«, die kirchen- und kulturpolitischen Anliegen, obwohl sie nur ein Fünftel des verfassungsrechtlichen Forderungskatalogs des Zentrums an Hitler ausmachten,⁸³ eine so hohe Bedeutung, dass er in den Konkordatsgesprächen mit Papen im April 1933 für ihre Einlösung seine Unterstützung der nationalsozialistischen Herrschaft in Aussicht stellte.⁸⁴

Nach Klaus Scholder hat der Vatikan, nach John Cornwell als treibende Kraft Kardinalstaatssekretär Pacelli den politischen Katholizismus der Konkordatspolitik geopfert.⁸⁵ Die Zustimmung des Zentrums zum Ermächtigungsgesetz, von Prälat Kaas »wesentlich mitbeeinflusst«, sei »eine Voraussetzung für die Aufnahme von Konkordatsverhandlungen« gewesen. Nach Konrad Repgen hat die Kurie mit dem Abschluss des Reichskonkordats auf die verzweifelte Lage in Deutschland verantwortungsbewusst reagiert. War nach Scholder das Reichskonkordat die maßgebliche Ursache für die »Kapitulation des Katholizismus« gegenüber Hitler, so betrachtet Repgen umgekehrt den Erlass des Ermächtigungsgesetzes und das damit unweigerlich bevorstehende Ende des Katholizismus in Deutschland als Grund oder zumindest Rechtfertigung für den Abschluss des Reichskonkordats. Durch diesen seien die Inter-

82 Hierfür aufschlussreich die staatsrechtlichen Kommentare zum Ermächtigungsgesetz und zu dessen Verlängerungen, im Auszug in: *Das »Ermächtigungsgesetz«* (wie Anm. 6), S. 91–128. Erst an den nachfolgenden juristischen Interpretationen des Gesetzes lässt sich die Stabilisierung der Hitler-Regierung (Hans-Ulrich THAMER, *Verführung und Gewalt. Deutschland 1933–1945*, Berlin 1986, S. 279 f.) definitiv nachvollziehen – die Umwandlung des ursprünglichen Koalitions-Kabinetts in eine vom Führerrecht abhängige und vom Reichstag unabhängige Diktatur.

83 Diese Relation, aufschlussreich für seine Interpretation des akzidentellen Naturrechts, lässt W. BÖCKENFÖRDE (wie Anm. 21), S. 337, unbeachtet. Das Zentrum forderte überwiegend allgemeinpolitische Garantien, und es hatte seit seiner Entstehung seine kirchen- mit den allgemeinpolitischen rechtsstaatlichen Forderungen verknüpft.

84 Ludwig Kaas †. *Tagebuch 7.–20. April 1933. Aus dem Nachlass von Prälat Ludwig Kaas*, hg. v. Rudolf MORSEY, in: *Stimmen der Zeit* 166 (1960), S. 422–430, 424, 427.

85 K. SCHOLDER, *Altes und Neues* (wie Anm. 18), S. 560, die folgenden Zitate S. 567, 553; J. CORNWELL (wie Anm. 28), S. 178, 19.

essen der deutschen Katholiken nicht verraten, sondern ihre Kernbelange, ihr Recht zum kirchlichen Praktizieren, gerade geschützt worden.⁸⁶

Der Abschluss eines Reichskonkordats dürfte sowohl den schon länger gehegten Wünschen der Kurie als neuesten Plänen Hitlers und Papens entsprochen haben. Anders als Wilhelm Kube, Fraktionsführer der NSDAP im Preussischen Landtag, der 1929 noch eine Vertragspolitik gegenüber den Kirchen ablehnte, sah Hitler in den Lateranverträgen («Römischer Friede») ein Vorbild auch für die Regelung der Beziehungen zwischen dem Nationalsozialismus und der katholischen Kirche: Die faschistische und nationalistische oder nationalsozialistische Weltanschauung sei also nach Ansicht des Papstes mit dem katholischen Glauben vereinbar und mit dem Christentum näher verwandt »als die jüdisch-liberale oder gar atheistisch-marxistische Gedankenwelt«, »mit der sich die sog. katholische Partei des Zentrums heute zum Schaden jeglichen Christentums und unseres deutschen Volkes so sehr verbunden fühlt«⁸⁷. Am 7. März 1933 äußerte Hitler im Kabinett, die Eroberung der Wähler des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei durch die nationalen Parteien könne erst gelingen, »wenn die Kurie die beiden katholischen Parteien fallen lasse«⁸⁸.

Papen, Initiator der Konkordatsverhandlungen, entwickelte zeitweise den Ehrgeiz, eine nationale Neubestimmung der Koordinaten des Katholizismus vorzunehmen. Gegen das Zentrum betrieb er die Gründung des Bundes Kreuz und Adler (3. April 1933). Dieser »politisch-religiöse Herrenclub«, ein Ableger des Rechtskatholizismus, bekannte sich zur Reichsidee, zum Autoritätsgedanken und zur ständischen Gliederung der Gesellschaft. Er war ebenso kurzlebig wie die früher gegründete, sich dem Nationalsozialismus annähernde Katholische Vereinigung für nationale Politik des Amtsrats Georg von Lossau (1932–33).⁸⁹ Doch katholische Intellektuelle und Geistliche zeigten sich für

86 K. REPGEN, *Über die Entstehung* (wie Anm. 12), S. 532 f.; vgl. Victor CONZEMIUS, *Le concordat du 20. Juillet 1933 entre le Saint-Siège et l'Allemagne. Esquisse d'un bilan de la recherche historique*, in: *Archivum Historiae Pontificiae* 15 (1977), S. 333–362, 357; Ludwig VOLK, *Das Reichskonkordat vom 20. Juli 1933. Von den Ansätzen in der Weimarer Republik bis zur Ratifizierung am 10. September 1933*, Mainz 1972; *Kirchliche Akten über die Reichskonkordatsverhandlungen 1933*, bearb. v. Ludwig VOLK, Mainz 1969; Robert LEIBER, *Pius XII. †*, in: *Stimmen der Zeit* 163 (1958/59), S. 81–100, 87.

87 Rede Hitlers, abgedruckt im »*Völkischen Beobachter*« v. 22. Febr. 1929: »Der Römische Friede und der Nationalsozialismus«. Zit. nach L. SIEGELE-WENSCHKEWITZ (wie Anm. 17), S. 91.

88 Die Regierung Hitler. Teil 1, Bd. 1, 30. Januar bis 31. August 1933 (wie Anm. 33), S. 159 f.

89 Auf Anordnung von Rudolf Heß wurde im Oktober 1933 die Arbeitsgemeinschaft Katholischer Deutscher gegründet. L: SIEGELE-WENSCHKEWITZ (wie Anm. 17), S. 146–150; vgl. Horst GRÜNDER, *Rechtskatholizismus im Kaiserreich und in der Weimarer Republik unter besonderer Berücksichtigung der Rheinlande und Westfalens*, in: *Westfälische Zeitschrift* 134 (1984), S. 109–155. Ludwig VOLK, *Die Kirche in der Weimarer Republik und im NS-Staat*, in: Bernhard Kötting (Hg.), *Kleine deutsche Kirchengeschichte*, Freiburg 1980, S. 110–127, 119 f.; Guenter LEWY, *Die Katholische Kirche und das Dritte Reich*, München 1965.

die »Reichstheologie«⁹⁰ anfällig. Zu einer deutschnationalen Einstellung bekannten sich Eduard Stadtler und Martin Spahn,⁹¹ wenn auch bei Spahn ein Abstand zum Nationalsozialismus gewahrt blieb.⁹² Schon in früheren Jahren hatten die Vaterländischen Verbände, darunter der »Stahlhelm (Bund der Frontsoldaten)«, eine heftige Propaganda gegen die »schwarze Internationale« des Zentrums entfacht und in katholischen Adelskreisen sowie bei jüngeren Geistlichen Resonanz gefunden.

Jedenfalls wurde nun die Gefahr einer Abwanderung nicht unbedeutender katholischer Kreise in das nationale Lager erneut virulent. Dies war geeignet, auf das Zentrum Druck auszuüben und bei der Kurie Befürchtungen zu wecken. Schon dem Nuntius, dann Kardinalstaatssekretär Pacelli war viel »an dem Zustandekommen eines Konkordates mit dem Deutschen Reich gelegen«⁹³. Wenn von vatikanischer Seite bezeugt wurde, dass die Konkordatsofferte nicht von der Kurie ausgegangen sei, so schließt das keineswegs aus, dass Hitler und Papen den Konkordatsrechtler Kaas von ihrem Konkordatsplan anlässlich der Durchpeitschung des Ermächtigungsgesetzes mit politischer Berechnung in Kenntnis gesetzt haben könnten. Nach seinem Brief an den Vatikanbotschafter Diego von Bergen vom 19. November 1935 will Kaas am 8. April 1933, beim zufälligen Zusammentreffen und anschließenden Gespräch mit Papen im gemeinsam benutzten D-Zug nach Rom, festgestellt haben, »dass die mehrfach auch in der Öffentlichkeit erörterte Absicht eines etwaigen Konkordatsabschlusses Tatsache war«⁹⁴. Dieser Satz kann so gedeutet werden, dass Kaas von den nach seiner Meinung jetzt tatsächlich bestehenden internen Absichten der Reichsregierung schon vorher erfahren hatte, freilich ohne ihnen Glauben zu schenken oder ganz zu trauen, und jetzt voll informiert wurde, oder – mit geringerer Wahrscheinlichkeit – so, dass er von entspre-

90 Klaus BREUNING, *Die Vision des Reiches. Deutscher Katholizismus zwischen Demokratie und Diktatur (1929–1934)*, München 1969; vgl. R. BAUMGÄRTNER (wie Anm. 36), S. 146 f.

91 Über ihn: Gabriele CLEMENS, *Martin Spahn und der deutsche Rechtskatholizismus in der Weimarer Republik*, Mainz 1983; K. O. V. ARETIN, *Prälat Kaas* (wie Anm. 16), S. 274 f.; vgl. auch von Martin SPAHN selbst: *Student, Kultur und Katholizismus*, Mönchen-Gladbach 1925, S. 25; DERS., *Für den Reichsgedanken. Historisch-politische Aufsätze 1915–1934*, Berlin–Bonn 1936, S. VIII, 91, 100, 130, 153, 292, 307, 326; VOGEL (wie Anm. 37), S. 138.

92 So promovierte der Historiker M. Spahn im »Dritten Reich« jüdische Doktoranden und nahm dabei die Gefahr der Verfolgung durch die Gestapo in Kauf. Mitteilung des Sohnes von Martin Spahn, Carl Peter Spahn, Wachtberg 4. Juli 1985, an den Verfasser. Informativ für die Lage der Konservativen die Erinnerungen Edmund Forschbachs (1978), mitgeteilt von K. REPGEN, *Ungedruckte Nachkriegsquellen zum Reichskonkordat. Eine Dokumentation*, in: *Historisches Jahrbuch* 99 (1979), S. 375–413, hier S. 407–413.

93 G. MAY (wie Anm. 9), Bd. I, S. 180 f.

94 *Staatliche Akten über die Reichskonkordatsverhandlungen 1933*, bearb. v. Alfons KUPPER, Mainz 1969, S. 496. Auslegungstreit über diesen Passus zwischen K. REPGEN, *Über die Entstehung* (wie Anm. 12), S. 517 f. und K. SCHOLDER, *Altes und Neues* (wie Anm. 18), S. 555.

chenden Absichten der Regierung, im Zusammenhang mit der ihm nun offenbarten Verhandlungsvollmacht Papens, jetzt überhaupt erstmals hörte. Dass er niemals von der »auch [sic] mehrfach in der Öffentlichkeit« behandelten »Absicht« im Sinne eines Gerüchts etwas gehört haben sollte, ist schwer vorstellbar, auch wenn er noch nicht die Pariser Zeitung »Le Journal« vom 6. April gelesen hätte, die über Konkordatsverhandlungen als den Zweck der von Papen am 7. April angetretenen Romreise berichtet hatte.

Brünings Brief an Franz Dessauer vom 8. Mai 1959⁹⁵ bestätigt die Mitteilung in Brünings Memoiren,⁹⁶ dass Kaas »nach der Machtergreifung Hitlers« von Papens Konkordatsabsichten gewusst habe.⁹⁷ Kaas habe, so Brüning an Dessauer, inhaltlich auf ein solches Konkordat Einfluss nehmen wollen; lassen sich dieser Hinweis und die Passage über Kaas' Gespräche mit Hitler und Brüning über Konkordatsabsichten Hitlers und Papens einfach in Abrede stellen? Kaas soll auch Brünings Zusammenstoß mit Pacelli in der Frage eines Reichskonkordats anlässlich des Vatikanbesuchs des Reichskanzlers am 8. August 1931 bekannt gewesen sein.⁹⁸ Hier hatte Brüning, nach seiner Darstellung, dem Drängen des Kardinalstaatssekretärs auf ein Reichskonkordat entgegengehalten, dass bereits mehrere Länderkonkordate⁹⁹ bestünden und dass das Zentrum aus Gründen konfessioneller Ausgewogenheit zunächst den Wunsch der protestantischen Seite berücksichtigen müsse, nach dem die Katholiken begünstigenden Abschluss des preußischen Konkordats (1929) einen Staatsvertrag mit den evangelischen Kirchen abzuschließen.

Nach eigener Angabe zeigte sich Kaas von der Ankündigung in Hitlers Regierungserklärung vom 23. März¹⁰⁰, Deutschland lege »den größten Wert darauf«, »die freundschaftlichen Beziehungen zum Heiligen Stuhle weiter zu pflegen und auszugestalten«, geradezu alarmiert. Diese Erklärung hatte nicht zu den offiziell von Zentrumsseite aufgestellten Bedingungen für die Annahme

95 Vollständiger Druck bei K. REPGEN, *Ungedruckte Nachkriegsquellen* (wie Anm. 92), S. 404–407 nach einer Kopie im Besitz Reggens. Teildruck ohne die hier interessierende Passage bei: Heinrich BRÜNING, *Briefe 1946–1960*, hg. v. Claire NIX, Stuttgart 1974, S. 467 f. Franz Dessauer war ein Bruder des Brüning gut bekannten früheren Zentrumsabgeordneten Friedrich Dessauer.

96 Der die Jahre 1929/30 – 1934 behandelnde Memoirenteil »war im wesentlichen bereits 1935 fertiggestellt«. R. MORSEY, *Entstehung* (wie Anm. 51), S. 22, vgl. S. 42; die einschlägige Passage ist im Anhang abgedruckt. Vgl. auch K. REPGEN, *Nachwort zu einer Kontroverse* (wie Anm. 12), S. 159 f.

97 Wie Anm. 92 u. 95, S. 407; anders K. REPGEN, ebd. S. 393.

98 H. BRÜNING, *Memoiren* (wie Anm. 13), S. 358–360.

99 Ebd. Die Länderkonkordate waren mehrfach Beratungsgegenstände des Zentrums in dessen Reichs- und Ländergremien gewesen.

100 23. März 1933, nachmittags ab 14.05. *Das »Ermächtigungsgesetz«* (wie Anm. 6), S. 60. Die Regierungserklärung im Auszug auch bei Ernst Rudolf HUBER/Wolfgang HUBER, *Staat und Kirche in 19. und 20. Jahrhundert. Dokumente zur Geschichte des deutschen Staatskirchenrechts*, Bd. 4: *Staat und Kirche in der Zeit der Weimarer Republik*, Berlin 1988, S. 466 f.

des Ermächtigungsgesetzes gehört. Nun jedenfalls wollte Kaas sofort in Rom »die Möglichkeiten einer umfassenden Verständigung von Kirche und Staat prüfen«¹⁰¹. Auffällig plötzlich reiste er schon am nächsten Tag, dem 24. März, und nach kurzer Rückkehr wieder am 7. April nach Rom. Seit dem 30. Januar verstärkten sich anscheinend die Spannungen zwischen Kaas und Brüning,¹⁰² nachdem Kaas schon früher mit seinen »theologisch-naturrechtlichen Deduktionen über mögliche Rechtfertigungen eines Staatsstreichs« Brünings Unwillen erregt hatte.¹⁰³

Der Dissens wurde offenbar mit dem 23. März unüberbrückbar, als Brüning erfolglos auf eine Amendement des Ermächtigungsgesetzes mit Hilfe der Deutschnationalen und auf briefliche Verfassungsgarantien Hitlers drängte. Im Rückblick umkreiste er immer wieder die ausgebliebenen Alternativen: vor allem die im Ansatz steckengebliebene Möglichkeit parteiübergreifender Zusammenarbeit mit den Deutschnationalen und Sozialdemokraten – was Zweifel daran weckt, ob Brünings Haltung mit »Affinität zur politischen Rechten«¹⁰⁴ hinreichend umschrieben ist. Es liegen genug Zeugnisse dafür vor, dass der den Rechtsstandpunkt verteidigende politische Bedenkenträger Brüning mit dem neue kirchenpolitische Chancen erahnenden Prälaten in einen konzeptionellen statt nur in einen persönlichen Konflikt geriet, den auch Georg May zugeben muss. Durch die Abreise nach Rom ließ Kaas seine Partei im Stich. Er erwartete bald darauf sogar die Auflösungsmeldung. Johannes Schauff sah in Kaas den »kirchlichen Diplomaten«, der die politische Existenz der Partei den überzeitlichen Erfordernissen der »Kirchenpolitik« untergeordnet habe.¹⁰⁵ Dass diese Option keineswegs

101 An Bergen, 19. Nov. 1935 (wie Anm. 94).

102 Vgl. Letterhaus' Bericht über eine schwere Meinungsverschiedenheit zwischen Brüning, der aus dem »Rechtsstandpunkt« die Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz ablehnte, und dem auf sein Führungsamt pochenden, entschieden die Zustimmung befürwortenden Zentrumsvorsitzenden am 21. März. Aufzeichnung von Karl Bachem v. 22. April 1933. *Das »Ermächtigungsgesetz«* (wie Anm. 6), S. 89.

103 24. Sept. 1931. R. MORSEY, *Entstehung* (wie Anm. 51), S. 47 f.

104 Ebd. S. 53. Anders G.R. TREVIANUS (wie Anm. 59), S. 336; ähnliche erfolglose Bemühungen Schäffers: Winfried BECKER, *Fritz Schäffer und der Föderalismus*, in: *Föderalismus und Finanzpolitik. Gedenkschrift für Fritz Schäffer*, hg. von Wolfgang J. MÜCKL, Paderborn–München–Wien–Zürich 1990, S. 9–36, 34 f.; zu diesem Politiker insgesamt Otto ALTENDORFER, *Fritz Schäffer als Politiker der Bayerischen Volkspartei 1888–1945*, Bd. 1–2, München 1993.

105 »Er kam mir immer vor wie der kirchliche Diplomat, der Berater des Nuntius, der in der Zentrumspartei das politische Instrument der Kirchenpolitik sah und nicht mit der Methode des Politikers, sondern des klugen und juristisch geschulten Verhandlungsführers voring. Für ihn war deshalb die Zentrumspartei weniger ein Bestandteil des deutschen Volkes und mit seinem Schicksal verhaftet, auf einer reichen Tradition fußend, sondern er sah sie als Prälat. Somit konnte ihre Aufgabe für ihn nur eine taktische Frage sein, die die Zeitlage erforderte und die der überzeitlichen Kirche in dem schnellen Frontwechsel nicht viel bedeutete« (1934). Zit. nach: *Das »Ermächtigungsgesetz«* (wie Anm. 6), S. 136.

zwangsläufig aus dem priesterlichen Amt folgte, zeigte das frühere Auftreten politischer Prälaten ebenso wie das Beispiel des Bamberger Prälaten Johann Leicht. Der Vorsitzende der BVP-Fraktion im Reichstag weigerte sich anders als sein Zentrumskollege demonstrativ, das zustimmende Votum seiner Partei in der Reichstagssitzung vom 23. März zu begründen. Er blieb im Lande und ertrug schwere Zurücksetzung, beginnend mit der erzwungenen Niederlegung seiner vorbildlich ausgeübten politischen Funktionen.¹⁰⁶ Offensichtlich war Kaas für das Linsengericht »kulturpolitischer Garantien« Papen gegenüber auch zu weitgehenden parteipolitischen Zugeständnissen bereit: »Für die Sicherung einer kulturpolitisch einwandfreien Linie« durch ein Konkordat würden der »große[n] nationalsozialistische[n] Bewegung« wie »vor allem auch dem Staate [...] Kräfte zuwachsen, die bisher leider nicht voll zur Auswirkung kommen konnten«¹⁰⁷. Dennoch sprachen daneben noch »viele andere Gründe [...] für eine Zustimmung der Fraktionsmehrheit zum Ermächtigungsgesetz«¹⁰⁸. Die Auflösung des Zentrums, parallel zu der der anderen Parteien, war in Deutschland infolge der Machtübernahme des Nationalsozialismus spezifisch konditioniert.

Abschließend sollen mögliche Motive Pacellis und Pius' XI. bei den Konkordatsverhandlungen thesenhaft erörtert werden, weil die vatikanischen Dokumente noch nicht allgemein zugänglich sind.¹⁰⁹ Ähnlich wie bei anderen historischen Kontroversen wurzeln manche der schließlich ausformulierten Thesen in Meinungen, Urteilen oder Erlebnisberichten beteiligter Zeitgenossen.

106 Christian MAGA, *Prälat Johann Leicht (1868–1940). Konservativer Demokrat in der Krise der Zwischenkriegszeit. Eine politische Biographie des Vorsitzenden der Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei in Berlin*, Phil. Diss. Würzburg 1990, S. 285; vgl. zur BVP: Klaus SCHÖNHOFEN, *Die Bayerische Volkspartei 1924–1932*, Düsseldorf 1972; Karl SCHWEND, *Die Bayerische Volkspartei*, in: E. MATTHIAS/R. MORSEY, *Das Ende* (wie Anm. 7), S. 457–519.

107 So am 8. April gegenüber Papen. *Ludwig Kaas †* (wie Anm. 84), S. 427; ebd. S. 424 konstatiert Morsey kommentierend: »Mangelnde Einsicht in das Wesen und in die Dynamik der nationalsozialistischen Herrschaft, die Kaas zu unterstützen bereit schien – auf Kosten einer Preisgabe des Zentrums –, wenn gewisse kulturpolitische Mindestforderungen garantiert würden.«

108 K. SCHOLDER, *Altes und Neues* (wie Anm. 18), S. 553.

109 Im Oktober 1999 einigten sich das »Internationale jüdische Komitee für interreligiöse Kontakte« in New York und die »Kommission für die religiösen Beziehungen zum Judentum« beim Päpstlichen Einheitssekretariat auf die Bildung einer Arbeitsgruppe, welche die Vatikan-Dokumente aus der Zeit des 2. Weltkrieges untersuchen soll (Eva Fleischner, John Morley, Gerald P. Fogarty aus den USA; Bernard Suhecky, Robert Salomon Wistrich, Michael Robert Marrus seitens des IJCIC). Zusammenfassung aus den 12 zwischen 1965 und 1981 publizierten Bänden »*Actes et Documents du Saint-Siège relatifs à la Seconde Guerre mondiale*« in dem Buch von Pierre BLET S.J., *Pie XII et la Seconde Guerre mondiale d'après les archives du Vatican*, Paris 1997. Hartmut BENZ, »Holocaust. Forschungen im Vatikan. Die Wahrheit aus den Quellen«, in: *Rheinischer Merkur* v. 24. März 2000, S. 3.

1. Schon Pater Robert Leiber S.J.¹¹⁰, enger Mitarbeiter Pacellis, und der Kardinalstaatssekretär selbst¹¹¹ rechtfertigten das Konkordat mit der unausweichlichen Verpflichtung der Kurie, angesichts des »die ganze deutsche Nation« und die Juden bedrängenden Terrorherrschaft Hitlers die Seelsorge für 20 Millionen Katholiken in Deutschland zu sichern. Noch vor der Ratifizierung des Konkordats äußerte Pacelli gegenüber dem britischen Geschäftsträger Ivone Kirkpatrick: »Eine Pistole [...] sei gegen seinen Kopf gerichtet gewesen, und er habe keine Alternative gehabt«. Er habe unter schwerem Zeitdruck handeln müssen. Eineinhalb Monate vorher hatte Pacelli vom Berater des deutschen Episkopats bei den Konkordatsverhandlungen, Erzbischof Conrad Gröber von Freiburg, alarmierende Mitteilungen über den »Gleichschaltungsterror der NS-Bewegung« erhalten.¹¹² Als übergeordnetes Ziel gegenüber den offenbar Zurückhaltung nahelegenden »politischen Gründen [...] auf Seiten des Zentrums« stellte Gröber vor, es gelte Hunderte katholischer Laien mit ihren Familien vor der Schutzhaft zu bewahren, wenigstens die katholischen Organisationen zu retten, endlich diesen »deutschen Kulturkampf« abzublasen und das strategische Nebenziel anzuvisionieren, der deutschen Regierung mit dem Konkordat eine Waffe in die Hand zu geben, um die »radikalen Elemente« innerhalb der NS-Bewegung zu bekämpfen. Wurde die Lage so apokalyptisch eingeschätzt, dann musste die Erhaltung des Zentrums als cura posterior erscheinen, zumal dessen selbstverschuldeter Untergang nur noch eine Frage der Zeit zu sein schien. Als historische These hat dies äußerst prägnant Ludwig Volk formuliert: »Zentrum und BVP hatten noch keinen terroristischen Druck von außen verspürt, als sie schon von einer schleichenden Auszehrung befallen wurden. Im April und Mai markierte das Hochschnellen der Austrittsziffern den Verlauf der Fieberkurve, bis dann Ende Juni die Agonie einsetzte«¹¹³. Anfang Februar 1934 erfuhr der ehemalige Generalsekretär der Zentrumsparterie, Hermann-Josef Schmitt, bei einem Besuch in Rom von Leiber, die Auflösung des Zentrums habe bei den Konkordatsverhandlungen »nie eine Rolle gespielt«, Pacelli sei über die »viel zu früh« erfolgte

110 Robert LEIBER, *Der Vatikan und das Dritte Reich*, in: *Politische Studien* 14 (1963), S. 293–298; P. Leiber nach Niederschrift des österreichischen Vatikangesandten, 16. Juli 1933. Druck bei K. REPGEN, *Zur vatikanischen Strategie* (wie Anm. 12), S. 531. Zu den Motiven der Kurie auch Walter BUSSMANN, *Der deutsche Katholizismus im Jahre 1933*, in: *Festschrift für Hermann Heimpel zum 70. Geburtstag*, Bd. 1, hg. von den Mitarbeitern des Max-Planck-Instituts für Geschichte, Göttingen 1971, S. 180–204; G.R.TREVIRANUS (wie Anm. 59), S. 380–383; R. LEIBER, *Pius* (wie Anm. 86), S. 96.

111 Ivone Kirkpatrick an Unterstaatssekretär Robert Vansittart, Rom 19. Aug. 1933; nach dem Anhang bei L. VOLK, *Reichskonkordat* (wie Anm. 86), S. 251 f.

112 Gröber an Pacelli, 1. Juli 1933; zit. nach L. VOLK, *Reichskonkordat* (wie Anm. 86), S. 140.

113 Ebd. S. 130. S.o. K. REPGEN u. schon George O. KENT, *Pope Pius XII and Germany. Some aspects of German-Vatican Relations 1933–1945*, in: *The American Historical Review* 70/1 (1964), S. 59–78, 60.

Auflösung »tief beeindruckt« gewesen.¹¹⁴ Allerdings waren für den Nuntius in Berlin, Cesare Orsenigo, »parteiliche Erwägungen« (anlässlich der Meinungsverschiedenheiten mit der Regierung bei der Besetzung des Bistums Münster) schon am 2. April 1933 »anachronistisch« geworden.¹¹⁵ Auch nach dem Zeugnis anderer zeitgenössischer Beobachter folgte die Kurie dem übergeordneten Gesichtspunkt, die bedrohte Existenzgrundlage der Kirche in Deutschland vertraglich zu sichern, nachdem unter Hitlers Regierung schwere Angriffe auf die katholischen Zeitungen, Jugendverbände, Abgeordneten, Beamten und Bürgermeister vorgekommen waren.¹¹⁶ Im freilich anders gelagerten Fall Italiens hatte Pius XI. einen *modus vivendi* mit Mussolini gefunden. Weiter zurück reichten die positiven Erfahrungen mit Kirchenverträgen in der monarchischen Staatenwelt. Zumindest formell ließ sich das Konkordat den Bestrebungen einordnen, die päpstliche Souveränität in geistlichen Angelegenheiten seitens des modernen Staatsrechts zuzulassen.¹¹⁷ Auch die Zentrumsführung nahm das »Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich« in der Erwartung an, die »nationale Regierung« werde ein Rechtsstaatsverständnis beibehalten oder nach der Durchführung der die »Notlage« behebenden Maßnahmen wiederfinden.¹¹⁸

2. Jüngst hat John Cornwell besonders pointiert, aber bei viel zu summarischer Betrachtung der innenpolitischen Situation nach Hitlers Machtantritt, die Behauptung aufgestellt, der päpstliche Unterhändler Pacelli habe den politischen Katholizismus zum Verschwinden bringen wollen, um die »Machtstellung« des Papsttums auszubauen; in ihrem autoritären Staats- und Kirchenverständnis seien sich Kaas und Pacelli schon lange vor 1933 einig gewesen.¹¹⁹ Die hier zum dramatischen Verdikt gesteigerte These ist nicht neu; sie wurde erstmals, allerdings nicht wie bei Cornwell verbunden mit dem Vorwurf des angeblichen Antisemitismus gegen Pacelli, von Heinrich Brüning vertreten.

114 Aufzeichnung Schmitts, Rom [nach 8. Febr. 1934]. *Kirchliche Akten über die Reichskonkordatsverhandlungen* (wie Anm. 86), S. 304 f.; vgl. Kirkpatrick an Vansittart, 19. Aug. 1933. L. VOLK, *Reichskonkordat* (wie Anm. 86), S. 252: »Die Kirche stehe [...] außerhalb der politischen Arena«; ebd. S. 184 mit Anm. 80 u. 81.

115 Orsenigo an Pacelli, 2. April 1933. *Kirchliche Akten über die Reichskonkordatsverhandlungen* (wie Anm. 86), S. 7–10.

116 Von Charles Roux, franz. Botschafter am Vatikan, Sir Robert Clive, brit. Botschafter, Faulhaber, Prof. Yves de la Brière S.J. (Paris). Anthony RHODES, *Der Papst und die Diktatoren. Der Vatikan zwischen Revolution und Faschismus*, Wien–Köln–Graz 1980, S. 149–151.

117 Vgl. Robert A. Graham S.J., *Vatican Diplomacy. A Study of Church and State in the International Plane*, Princeton/N.J. 1959, S. 276.

118 K. HILDEBRAND (wie Anm. 69), S. 4; Versprechung in Hitlers Regierungserklärung v. 23. März 1933.

119 J. CORNWELL (wie Anm. 28), S. 176–179; monokausale Erklärung. Ein bayerischer Monarchist argwöhnte im Gegenteil, Pius XII. habe sich (nach 1945) durch Schaffung einer »alle europäischen Länder und Nationen« umfassenden »großen christlichen Partei« eine »ungeheure Macht« heranziehen wollen. Wilhelm SEUTTER von LÖTZEN, *Bayerns Königstreue im Widerstand. Erinnerungen 1933–1964*, Feldafing o.J., S. 69.

Der Ex-Kanzler wertete die rasch vorangetriebenen Konkordatsverhandlungen, die er übrigens in einzelnen Punkten, z.B. bezüglich der Schul-Regelungen, sachkundig kritisiert hatte,¹²⁰ als Anschlag auf die Existenz des Zentrums, das in der Abneigung Pacellis gegen diese Partei gewurzelt habe.

Sieht man von solchen, aus dem Zeiterleben gefühlsbetonten Erklärungsversuchen ab, so lassen sich Gründe für die letzten Endes doch wohl auffällige Behandlung und Hintansetzung der katholischen Parteien schon vermuten. 1923/24 hatte Papst Pius XI. (1922–1939) den Priester Don Luigi Sturzo zur Niederlegung des Parteivorsitzes des noch jungen und ungefestigten Partito popolare italiano genötigt.¹²¹ Er stand dabei unter Druck, weil die Faschisten die Übergriffe auf katholische Organisationen und Priester auch mit dem Kampf gegen die katholische Volkspartei rechtfertigten, die angeblich vom Vatikan gesteuert werde.¹²² Papst Benedikt XV. (1914–1922) hatte sich schon vorher gegen die parteipolitische Bindung der Seelsorger gewandt, weil diese allen ihren Gemeindemitgliedern uneingeschränkt zur Verfügung stehen müssten,¹²³ 1929 bedang sich Mussolini dann das generelle Verbot parteipolitischer Betätigung der Geistlichen aus, während er in Schul-, Ehe-, Stiftungsfragen und bezüglich der Autonomie der Kirche der Kurie entgegenkam. Zumal bei den deutschen Konkordatsverhandlungen des Zeitraumes zwischen Mai und Juli 1933 kann das Problem des Weiterbestehens der katholischen Parteien in Deutschland dem Vatikan kaum unbekannt geblieben sein. Im April 1933 teilte der Münchener Domdekan Anton Scharnagl, Landtagsabgeordneter der Bayerischen Volkspartei, Pacelli mit, dass nach Ansicht Faulhabers in Deutschland (anders als in Italien) wegen dessen gemischtkonfessioneller Bevölkerung die katholischen Parteien weiter gebraucht würden.¹²⁴ Faulhaber wollte auch an den geistlichen Parlamentariern, deren Anzahl wohl reduziert werden könne, festhalten, weil diese in ihrer Existenz gesicherter seien als manche katholischen Laien. Der durch Volk und andere herausgestellte Versuch von Kaas, das politische Betätigungsverbot für Geistliche während der Verhandlungen einzuschränken und in die kirchenrechtliche Kompetenz (auch

120 L. VOLK, *Reichskonkordat* (wie Anm. 86); immerhin sicherte der Weimarer Schulkompromiss v. 31. Juli 1919 (SPD-Z-DDP-DNVP) die Konfessionalität der Volksschulen bis in die 60er Jahre. Wilhelm RIBHEGGE, *Kirche und Demokratie. Zur Rolle Joseph Mausbachs in der Weimarer Nationalversammlung 1919*, in: *Stimmen der Zeit* 217 (1999), S. 611–622, 619.

121 Rudolf LILL, *Geschichte Italiens in der Neuzeit*, Darmstadt 4. Aufl. 1988, S. 310.

122 Josef SCHMIDLIN, *Papstgeschichte der neuesten Zeit*, Bd. 4: *Papsttum und Päpste im XX. Jahrhundert. Pius XI. (1922–1939)*, München 1939, S. 103–105; Konrad REPGEN, *Pius XI. und das faschistische Italien: die Lateranverträge von 1929 und ihre Folgen*, in: Werner PÖLS (Hg.), *Staat und Gesellschaft im politischen Wandel. Beiträge zur Geschichte der modernen Welt*, Stuttgart 1979, S. 331–359.

123 L. VOLK, *Reichskonkordat* (wie Anm. 86), S. 125.

124 Scharnagl an Pacelli, 10. April 1933. *Kirchliche Akten über die Reichskonkordatsverhandlungen* (wie Anm. 86), S. 12 f.; zu Scharnagl MARTIN (wie Anm. 36), S. 101–103.

der Bischöfe, nicht nur der Kurie) zurückzuverlagern,¹²⁵ zeugt von hinreichendem Problembewusstsein. Allerdings ließ sich die Gegenseite darauf nicht ein. Papen und mehr noch Hitler wollten mit der Ausschaltung der Geistlichen aus der Parteipolitik einen Zentralnerv der katholischen Parteien und damit diese selbst treffen. Kardinal Bertram von Breslau und Pater Leiber hegten die Befürchtung, dass das Verbot für Geistliche, in politischen Parteien zu wirken, auch verwendet werden könnte, um das öffentliche Auftreten von Priestern überhaupt zu unterbinden – was nach Bertram dem katholischen Verständnis von Seelsorge diametral zuwiderlief.¹²⁶ Zugleich waren die staatsbürgerlichen Rechte tangiert, weil die katholischen Priester bestenfalls auf das passive Wahlrecht beschränkt wurden, und die Gleichbehandlung der Konfessionen stand in Frage, wenn katholische Geistliche bezüglich ihrer politischen Betätigungsfreiheit und ihrer staatsbürgerlichen Rechte schlechter gestellt werden sollten als evangelische. Zur ruhigen Erörterung dieser schwierigen Probleme, die im Grunde auch Verhandlungen mit den protestantischen Kirchen erfordert hätten, blieb offenbar zu wenig Zeit; die Situation verschlechterte sich nach Einschätzung der Vatikan diplomatie: Nach den alarmierenden Nachrichten über die Verfolgungen in Deutschland schien nun das schleunigst abzuschließende Konkordat einen Schutzschild zu bieten.¹²⁷ Im Juni glaubte die kirchliche Seite, den Artikel 31 schon deswegen zu benötigen, um den laufenden Angriffen auf Priester einen Riegel vorzuschieben. Nach dem Untergang der SPD, der Gewerkschaften und der DNVP sorgte sich Leiber, der Artikel 31, »wegen dessen die Regierung allein das Konkordat macht«, sei wegen der in Kürze ebenfalls zu erwartenden Auflösung der Zentrumspartei als »kirchliche Konzession« nicht mehr zu gebrauchen.¹²⁸ Er rechtfertigte im gleichen Atemzug dialektisch den Artikel 31 mit der »Auflösung der Zentrumspartei«: Nachdem diese Folgerung gezogen sei, biete das politische Betätigungsverbot in Artikel 31 einen »Schutz der Kirche gegen eine nationalsozialistische Invasion

125 L. VOLK, *Reichskonkordat* (wie Anm. 86), S. 127 ff.; Art. 31 sah in der definitiven Fassung (= Art. 32) vor, im Hinblick auf die durch das Konkordat geschaffenen Sicherungen der Rechte und Freiheiten der katholischen Kirche werde der Hl. Stuhl Bestimmungen erlassen, »die für die Geistlichen und Ordensleute die Mitgliedschaft in politischen Parteien und die Tätigkeit in solchen Parteien ausschließen«. Es wurden nie Ausführungsvorschriften erlassen. R. HUBER/W. HUBER, *Staat und Kirche* (wie Anm. 100), S. 513. Laut Interpretationsvorbehalt des Osservatore Romano, Nr. 176 v. 29. Juli 1933, sollten Geistliche außerhalb einer Fraktion weiterhin Mandatsträger sein können. L. VOLK, *Reichskonkordat* (wie Anm. 86), S. 183, Anm. 77: Hätte dies Schutz vor der NS-Invasion im Klerus (Leiber) geboten oder nicht eher den Hospitantenstatus bei der NSDAP-Fraktion eröffnet? Siehe unten Anm. 128.

126 L. VOLK, *Reichskonkordat* (wie Anm. 86), S. 131, 246. Schließlich wurde den Geistlichen in Artikel 5 staatlicher Schutz bei der Ausübung ihrer Seelsorgstätigkeit und ihrer Amtshandlungen zugesichert.

127 L. PATCH (wie Anm. 29), S. 302.

128 Bemerkungen Leibers, 29. JUNI 1933. *Kirchliche Akten über die Reichskonkordatsverhandlungen* (wie Anm. 86), S. 89.

im Klerus«. Für diesen die bisherige politische Praxis geistlicher Parlamentarier und Zentrumsprälaten desavouierenden Verdacht gab er keine Belege an. Vielleicht wollte Leiber nunmehr die Betätigung von Geistlichen ganz auf die konkordatlich garantierte unpolitische Verbandsarbeit gelenkt wissen, für deren Erhaltung Pacelli nachdrücklich eintrat,¹²⁹ hatte doch im April Gröber aus Freiburg gemeldet, »dass auch bisher gefestigte, geistliche Jugendführer wandkend« würden und für die Auflösung der katholischen Jugend in den »nationalsozialistischen Scharen« einträten.¹³⁰ Als der britische Botschafter Sir Robert Clive Pacelli und den Unterstaatssekretär Guisepppe Pizzardo nach dem Schicksal der deutschen katholischen Parteien fragte, deren Untergang den Verlust gewohnter Einflussmöglichkeiten mit sich bringen musste, bemerkte er bei seinen Gesprächspartnern Gleichmut und Desinteresse.¹³¹ Ein von Leiber im August 1933 bei der Kurie angemahntes »Wort der Anerkennung oder Fürsprache« für inhaftierte oder geschädigte Zentrums- oder BVP-Politiker blieb offenbar damals aus,¹³² die bisherigen »Kämpfer um die katholische Sache« fühlten sich verlassen.¹³³

Zwischen dem Status der Kleriker, der Verbände und dem Schicksal der katholischen Parteien, so könnte man folgern, ergab sich auch für die kuriale Seite ein unübersehbarer Zusammenhang; zudem traf das Reichskonkordat inhaltliche Regelungen über bisher vom Zentrum bestellte Tätigkeitsfelder. Mit ihrer römischen Aktion gedachten Hitler und Papen den sog. schwarzen Internationalismus in Deutschland zu überspielen, der seit 1870/71 von der nationalen Rechten propagandistisch attackiert worden war. Anders als Bismarck konnte Hitler für seine weitergehenden, auch ungleich dynamischer und geschickter verfolgten Ziele in Papen auf einen willfährigen nationalen Katholiken zurückgreifen. Nach Patches differenzierter Darstellung stimmte Kaas schon vor seiner Romreise am 24. März mit Papen in der Absicht des Konkordatsabschlusses überein, setzte Pacelli allerdings dann dem parteipolitischen Betätigungsverbot für Kleriker und der Abschaffung des Zentrums bis 27. Juni, als mit der Auflösung der DNVP auch das Ende aller Parteien gekommen zu sein schien, Widerstand entgegen; und fand die Kurie Anfang Juli einen legitimen Ersatz für die leer gewordene

129 Vgl. L. VOLK, *Reichskonkordat* (wie Anm. 86); J. CORNWELL (wie Anm. 28); Ernst Christian HELMREICH, *The German Churches under Hitler. Background, Struggle, and Epilogue*, Detroit: Wayne State Univ. Press 1980, S. 248.

130 Gröber an Leiber, Freiburg 15. April 1933. *Kirchliche Akten über die Reichskonkordatsverhandlungen* (wie Anm. 86), S. 15.

131 Am 22. April, 13. Juli u. 3. Aug. 1933. A. RHODES (wie Anm. 116), S. 151 f.

132 Leiber an Pacelli, 17. Aug. 1933; zit. nach L. VOLK, *Reichskonkordat* (wie Anm. 86), S. 250. Er nannte Eugen Bolz, Heinrich Held, Friedrich Dessauer und Heinrich Brüning sowie allgemein einige »badische Herren«. Vgl. Aufzeichnung Schmitts, Rom [nach 8. Febr. 1934] (wie Anm. 114), mit Fußnote 6.

133 Aufzeichnung Schmitts (wie Anm. 114), S. 304.

Hülse des Zentrums in Gestalt der nunmehr zugesicherten Autonomie für ausschließlich religiöse, rein kulturelle, karitative sowie allerdings auch soziale und berufsständische Verbandstätigkeit.¹³⁴

Ein abschließend vorgetragener eigenständiger Interpretationsakzent möchte vorab eine Voraussetzung meiden, die die bisherige, noch unabgeschlossene Diskussion beeinträchtigt. Das Verhalten aller Beteiligten wird anscheinend zu sehr von dem verbrecherischen Höhepunkt und Ende des NS-Regimes her gesehen, das Eingehen des Reichskonkordats als mit diesem unausweichlich verzahnte Weichenstellung: Dann erscheint es für die Nachlebenden etwa weise und vorausschauend, mit dem Reichskonkordat eine international anerkannte Basis für die Zurückweisung von Rechtsverletzungen geschaffen zu haben, oder das Ende des 63 Jahre bewährten politischen Katholizismus wird als tragisches Opfer hingestellt, definitiv und irreversibel, unentschuldig für den angeblichen Verursacher. Aber war die Situation 1933 nicht noch in vielerlei Hinsicht unabgeschlossen und fließend, für die vom Regierungshandeln Betroffenen schwer durchschaubar, von unmittelbar vorangegangenen Erfahrungen und unwägbaren Zukunftsängsten beeinflusst? Jedenfalls war man von der modernen Kommunikationsgesellschaft noch weit entfernt. Doch sicherlich herrschte keine offene Situation in dem Sinne mehr, wie ihn der Illusionismus in von Papens Memoiren vorgaukelt, deren Verfasser angeblich den Nationalsozialismus auf christliche Grundlagen stellen und einen Neubeginn der Demokratie auf korporativer Grundlage wagen wollte.¹³⁵

Ambivalenzen, Zweideutigkeiten, situationsabhängige Handlungszwänge und auch ein so undurchsichtiges Phänomen wie der Zeitgeist bestimmten vielfach das Bild. Kaum war der Wahlterror vorüber, würdigte Hitler am 23. März offiziell die »beiden christlichen Konfessionen« als »wichtigste Faktoren zur Erhaltung unseres Volkstums«, deren Rechte nicht anzutasten seien. Darauf hoben die Fuldaer und Freisinger Bischofskonferenz am 28. März ihre früheren strengen »Verbote und Warnungen« gegenüber der NSDAP auf. Obwohl sich einige Bischöfe überrumpelt fühlten, schien der Episkopat von der nationalen Aufbruchstimmung und dem anbrechenden Tauwetter zwischen dem Vatikan und der »nationalen Regierung« erfasst¹³⁶. Doch der Ton der Erklärung blieb selbstbewusst, die Verurteilung bestimmter religiös-sittlicher Irrtümer wurde nicht aufgehoben. Die unübersichtliche Lage verleitete zu teils konträren Schlussfolgerungen. Gröber entwickelte die Strategie, die »katholischen Führer im Nationalsozialismus«

134 L. PATCH (wie Anm. 29), S. 295–303. Diese Verbände sollten laut Artikel 30 (31 definitiv) der »kirchlichen Behörde unterstellt« sein bzw. »ihre Tätigkeit außerhalb jeder politischen Partei entfalten«.

135 FRANZ VON PAPEN, *Der Wahrheit eine Gasse*, München 1959, S. 292–318.

136 Zitate nach R. HUBER/W. HUBER, *Staat und Kirche* (wie Anm. 100), S. 466–469; S. 454 f. die Stellungnahme der Fuldaer Bischofskonferenz zur NSDAP v. 17. Aug. 1932; vgl. L. VOLK, *Reichskonkordat* (wie Anm. 86), S. 76 f. u. die Darstellung Gröbers von 1947. *Kirchliche Akten über die Reichskonkordatsverhandlungen* (wie Anm. 86), S. 309.

gegen dessen »kulturkämpferische Elemente« zu stützen und Einfluss auf die gemäßigten Strömungen in der Bewegung zu gewinnen;¹³⁷ auch der HI. Stuhl erlag dem ebenso simplen wie raffinierten Täuschungsmanöver, untergeordnete Parteistellen seien für die Übergriffe verantwortlich.¹³⁸ Dagegen stellte Erzbischof Karl-Joseph Schulte von Köln lakonisch fest: »Die Regierung ist eine Revolutionsregierung. Gesetz und Recht existieren zur Zeit nicht. Mit einer solchen Regierung könne man kein Konkordat schließen.«¹³⁹

Der offene Religions- und Kulturkonflikt wurde von der »nationalen Regierung« zur Drohung und Lockung eingesetzt; bei den Angegriffenen könnte er die Neigung zur Verständigung oder zum *modus vivendi* verstärkt haben. Hitler wollte zwar die »System«-Parteien einschließlich des Zentrums und der BVP beseitigen, sie aber auch Komplizenhaft in den Kampf gegen Dritte einbeziehen und dadurch entmündigen; die Kommunisten-Verfolgung diene nebenbei der bequemen Gewinnung der Konservativen und Katholiken, um sich im Anfangsstadium des Terrors noch gleichsam mit Hilfe von Bundesgenossen zu etablieren. Aber so stark schien Hitler schon, dass die Kurie nicht von vornherein seine Konkordatsofferte glaubte ausschlagen zu dürfen. Der doktrinaire Konflikt ließ sich nach Meinung der Attackierten möglicherweise vorläufig durch die Entflechtung von Religion und Politik, durch Beschränkung auf die religiöse Praxis und durch deren Sicherung entschärfen. Bei Anerkennung der geistlichen Souveränität erschien der weltliche Arm der bisherigen Temporalgewalt, des parlamentarischen Parteiwesens, möglicherweise als entbehrlich.¹⁴⁰ Pacelli war schon vor der Ratifikation geteilter Meinung über das Konkordat. Er schloss den Vertrag, aber offensichtlich ohne Vertrauen in einen als anormal eingeschätzten Partner, der hoffentlich wenigstens nicht alle Artikel auf einmal verletzen würde.¹⁴¹ War es indes nicht klüger,

137 Gröber an Pacelli, 18. März 1933. R. HUBER/W. HUBER, *Staat und Kirche* (wie Anm. 100), S. 465.

138 Entwurf einer Erklärung des HI. Stuhles, 3. Juli 1933. *Kirchliche Akten über die Reichskonkordatsverhandlungen* (wie Anm. 86), S. 109.

139 Aufzeichnungen Sebastians, [Fulda, 30.–31. Mai 1933]. Ebd. S. 58. Vgl. zu Schulte Ulrich VON HEHL, *Katholische Kirche und Nationalsozialismus im Erzbistum Köln 1933–1945*, Mainz 1977.

140 Christine ALIX, *Le Saint Siège et les nationalismes en Europe 1870–1960*, Paris 1962, S. 295–299; s. o. S. 25 mit Anm. 117.

141 So gegenüber Kirkpatrick (wie Anm. 111). Literarisch illustrierte Franz Werfel das zugrundeliegende Problem in seiner Erzählung »Die Schauspielerin«: Bei der Eingliederung eines Wiener Theaters in den NS-Kulturbetrieb antwortete der Leiter der »Betriebsorganisationszelle Harmonietheater« einer Schauspielerin auf ihre unter Bruch ihres Vertrages verfügte Entlassung: »Wir brechen noch ganz andere Verträge, Madame, und Recht ist, was dem Volke nützt.« Franz WERFEL, *Erzählungen aus zwei Welten*, Bd. 3, Frankfurt/M. 1954, S. 48. Zum vom gängigen Verfassungsbegriff nicht aufzufangenden Voluntarismus der NS-Rechtsvorstellungen: Klaus J. VOLKMANN, *Die Rechtsprechung staatlicher Gerichte in Kirchensachen 1933–1945*, Mainz 1978, S. 12 Anm. 34, S. 13, 197 ff.

die Aussicht auf ein geordnetes Nebeneinander zu eröffnen, als die angebotenen Verhandlungen auszuschlagen oder abzubrechen und damit sich und der Vielzahl der Gläubigen das Risiko unversöhnlicher Gegnerschaft aufzuladen?

Andererseits kann auch die von Ludwig Volk, Robert Leiber und anderen aufgestellte These, dass die selbstverschuldete Auszehrung des Zentrums (dazu das Umfallen der Bischöfe) die Kurie unter Handlungszwang gesetzt hätten, nicht überzeugen. Als einzige, vielleicht noch neben den Deutschnationalen, zum Untergang bestimmte politische Formation hätte sich das Zentrum von den anderen Parteien zu unvorteilhaft und signifikant unterschieden. Aber es hatte sich unter den Katholiken, deren Kreis über die Partei weit hinausreichte, Gegner gemacht, die eine bestimmte Freiheit der nationalen Orientierung gegenüber der »Verfassungspartei« und ihren politischen Vertretern reklamierten und diese Ansprüche auch der kirchlichen Spitze sehr eindringlich meldeten. In der Zeit seiner Berliner Nuntiatur (1920–1929) war Pacelli von dem national-konservativen Geschichtspräsidenten Max Buchner, der dem Katholikenausschuss der deutschnationalen Volkspartei in Bayern angehörte, vor der Vermengung »kirchlicher und parteipolitischer Interessen« gewarnt worden, wie sie die katholischen Parteien vornähmen, die dadurch eine große Zahl national und zugleich religiös eingestellter Jugendlicher abstoßen und der katholischen Kirche entfremden würden.¹⁴² Ohne dass die Wirkung dieser Ein-

142 Buchner setzte sich namens des Katholikenausschusses der DNVP beim Nuntius für den Pfarrer Dr. Philipp Häuser in Strassberg (Diöz. Augsburg) ein; dessen Maßregelung sei nur ein Ausschnitt »aus dem großen Kampfe, der gegen uns deutschnationale Katholiken von vielen unserer Glaubensbrüder in Wort und Schrift geführt wird«. Er nahm Bezug auf Klagen »von Familienvätern aus ganz verschiedenen gesellschaftlichen Schichten«, dass ihre national eingestellten »Söhne der Kirche entfremdet würden, weil man seitens weiter kirchlicher Kreise kirchliche und parteipolitische Interessen in durchaus ungehöriger Weise vermenge und die Kirche mit Parteien zu identifizieren suche, denen die angedeuteten jungen Leute aus Gründen nationaler oder verfassungsrechtlicher Art sehr ferne stehen. Durch eine solche Identifizierung aber werden jene unreifen Elemente dazu verführt, selber Kirche und sogenannte »katholische Parteien« zusammen zu werfen und somit alle Fehler, die sie den letzteren zum Vorwurf machen, ungerechter Weise auch der Kirche zuzuschieben – ein Vorgehen, das die allmähliche (!) Entfremdung dieser Kreise gegenüber der Kirche zur Folge hat.« Der Nuntius möge dazu beitragen, dass dieser Entwicklung »ein Damm gesetzt« werde. [Max Buchner] an Eugenio Pacelli, München 10. Juli 1925, Kop.; vgl. Max Buchner an Pacelli, 21. April 1926, stenogr. Konz.; am 14. Febr. 1926 übersandte Buchner Pacelli die Veröffentlichung *Religion – Kirche – Papsttum der Gelben Hefte* (Dez. '25–Jan. '26) »in dankbarer Erinnerung« an dessen Wirken in München und an »das Vertrauen, das Ew. Excellenz dem Kreise unserer konservativ denkenden deutschen Katholiken stets entgegen zu bringen geruht haben«. Pacelli dankte Buchner für die »wichtige Veröffentlichung« (20. Febr. 1926, Or.). Bundesarchiv Koblenz, NL M. Buchner 118. M. Buchner (geb. 1881), 1911 Privatdozent für Neuere Geschichte in München als Schüler von Hermann Grauert, 1919 a.o. Prof. in München, 1926 o. Prof. in Würzburg, 1936 o. Prof. in München als Nachfolger von Heinrich Günter, Schriftleiter der Monatsschrift »Gelbe Hefte« 1924–41, »ein Sammelpunkt des geistigen Widerstands an der Universität München«, 1940 vorzeitig emeritiert, gest. 1941. Er trat mit Veröffentlichungen zur mittelalterlichen Geschichte, u.a. über die Entstehung des Kurkollegs, und zur Zeitgeschichte (Kaiser Wilhelm II., Marxismus im 1. Weltkrieg) hervor. Anton RITTHALER, *M. Buchner*, in: *Neue Deutsche Biographie*, Bd. 2, Berlin 1955, S. 707 f.

flussnahme überschätzt werden soll, die sicherlich nur als eine von vielen auf den Münchener und dann Berliner Nuntius wirkte, lässt sich fragen: Sah der spätere Kardinalstaatssekretär im Reichskonkordat etwa die Möglichkeit, der »Verschiedenheit der politischen Überzeugung« unter den deutschen Katholiken, einer Quelle der Zwietracht, die Grundlage zu entziehen, damit angesichts der 1933 verstärkten politischen Wirren die religiöse Einheit gewahrt bleibe?¹⁴³ Dann klang es nur allzu verführerisch, wenn Papen Kaas nahe legte, die Zentrumspartei auf das rein politische Gebiet zu beschränken und die Formen der Religionsausübung ein- für allemal der Vereinbarung zwischen der »nationalen Regierung« und der Kurie zu übertragen und vorzubehalten.

Pacelli braucht in dieser Frage nicht den aktiven Part übernommen zu haben. Warum sollte er das Selbstopfer des Zentrums nicht annehmen, wenn Kaas, Parteivorsitzender (bis 6. Mai 1933) und Geistlicher in einer Person, sich in Rom zur Verfügung stellte, nachdem er die mühseligen Pfade der Koalitions- und Parteipolitik hinter sich gelassen hatte und zur Entpolitisierung der Geistlichen sein Plazet gab? Vielleicht schien es auch gerade wegen der Präsenz des verantwortlichen Politikers gar nicht notwendig, das Schicksal der betroffenen Parteien offen zu diskutieren und ins Bewusstsein zu heben, zumal keiner der Konkordatsartikel direkt die Auflösung der Zentrumspartei zum Inhalt hatte und folglich in den offiziellen Verhandlungen mit dem Kardinalstaatssekretär auch nicht darüber gesprochen werden musste. Kaas indes zeigte sich von der nationalen Aufbruchstimmung erfasst, wollte in den gegenwärtigen »Zeiten gewaltigen Werdens« nicht passiv und abstinent beiseite stehen.¹⁴⁴ Eröffnete die Bereitschaft zur Mitwirkung am nationalen und »staatspolitischen« Aufbruch in eine glänzende deutsche Zukunft nicht auch im Umkehrschluss die Möglichkeit, die Verwurzelung im Religiösen wiederzugewinnen, die durch die Relativität und Pluralität der modernen Entwicklung bedroht zu sein schien? Vor seiner Fraktion hatte er am 20. März bekannt: »Eine gründliche Neuorientierung nach der religiösen Seite ist unerlässlich, der Mutterboden muss erhalten bleiben«¹⁴⁵. Dieser Verkirchlichungsansatz sollte zur wechselseitigen Emanzipation von Religion und (nationaler) Politik führen –

143 Eugen Pacelli, Kathol. Nuntiatur in Deutschland, an Max Buchner, Berlin 23. Mai 1926, Or.: »Sie wissen, wie sehr ich wünsche, dass die Verschiedenheit der politischen Überzeugung der deutschen Katholiken doch nie Anlass werden möge, die Wahrheit und Liebe auf irgend einer Seite zu verletzen.« BA Koblenz, NL M. Buchner, 118.

144 Kaas gegenüber Hackelsberger, 31. Okt. 1933; nach R. MORSEY, *Untergang* (wie Anm. 3), S. 213; vgl. J. BOHN (wie Anm. 35), S. 247. Für die »große Begeisterung«, die die NS-Bewegung anfänglich auslöste, zeugt sogar ein Brief Hans Carossas (an Katharina Kippenberg, Seestetten 22. März 1933): »Von der Notwendigkeit der großen Reinigung und Läuterung, welche die Bewegung auf ihre Fahne geschrieben hat, überzeugt sie mich leicht.« Josef u. Ruth BECKER (wie Anm. 32), S. 167.

145 Zit. nach *Das »Ermächtigungsgesetz«* (wie Anm. 6), S. 40.

in Wirklichkeit entband er einen Verdrängungseffekt, eine falsche Toleranz gegenüber der schon sichtbaren Politik der Rechtsbrüche.¹⁴⁶ Er vernachlässigte den vom Zentrum seit seiner Gründung erhobenen abstrakten rechtlich-moralischen Kontrollanspruch gegenüber der Selbstheiligung des nationalen Macht-, Militär- und Kulturstaates.

Doch was erreichte Kaas? Das Konkordat, gewiss, aber erkauft durch den Grundsatzkonflikt mit Brüning, die Spaltung des Zentrums. Dieser letzte Zentrumsvorsitzende plante im Juni 1933 noch eine Reorganisation der Partei »mit den alten Männern«¹⁴⁷. Unermüdlich vor den Unrechtstaten der Nationalsozialisten warnend, sann er auf die Einführung der gemäßigten Monarchie als eines letzten Rettungsmittels vor der nationalsozialistischen Herrschaft.¹⁴⁸ Die Widerstandsqualität von Brünings Monarchismus zu diesem Zeitpunkt ist nicht zu übersehen.¹⁴⁹ Seine die Mitstreiter alarmierenden Warnrufe wurden grundlegend für Resistenzhaltungen in der katholischen Kirche und im »politischen Katholizismus«, wie die Gestapo die Milieu-Resistenz der Zentrums-Enterbten, auch vieler kleiner Leute aus dem Umfeld der ehemals katholischen Parteien (politisch nicht mehr korrekt) benannte. Brüning, äußerlich für den Rest seines Lebens als Verlierer gezeichnet, hat damit von der ersten Stunde der nationalsozialistischen Unrechts-Herrschaft an jene Bewusstseinsbildung entscheidend mit angestoßen, die zum Ausgangspunkt des christlichen Widerstands in der deutschen Bevölkerung werden konnte; erst auf dieser geistigen Basis ist beispielsweise der Neuanfang der Unionsparteien zwölf Jahre später glaubwürdig geworden. Neben anderen prominenten Mitstreitern setzte Brüning auch ein Signal gegen die im März 1933 einsetzende breite Abwanderung von Teilen der Zentrumspartei ins sog. nationale Lager. Sein Verhältnis zu Ludwig Kaas blieb gespannt, obwohl dieser Gegenspieler von 1933 sich ebenfalls bald im Lager des Widerstands fand, wie seine Kontakte im Exil und zur deutschen Opposition gegen Hitler bezeugen.

146 Das »Doppelideal von religiöser Erneuerung und nationaler Einigung« vertraten die sehr wenigen katholischen Sympathisanten der Deutschen Christen. Doris L. BERGEN, *Twisted Cross. The German Christian Movement in the Third Reich*, Chapel Hill–London 1996, S. 110.

147 Zum Beispiel Schreiber. Aufzeichnung Faulhabers über eine Unterredung mit Papen, 10. Juni 1933. *Kirchliche Akten über die Reichskonkordatsverhandlungen* (wie Anm. 86), S. 62.

148 Gegenüber dem britischen Botschafter Sir Horace Rumbold in Berlin, L. PATCH (wie Anm. 29), S. 302.

149 M. MARTIN (wie Anm. 36), S. 195.

Anhang

Aus: Rudolf MORSEY (Hrsg.), *Das »Ermächtigungsgesetz« vom 24. März 1933. Quellen zur Geschichte und Interpretation des »Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Reich«*, Düsseldorf 1992.

Franz Wiedemeier (Zentrum)

Verhandlungen des Württemberg.-Bad. Landtags, 1947, Beil. Bd. 1, S. 96.

Leute, die sich zu uns [Zentrum] rechneten, Beamte, Angestellte, Lehrer usw., hatten Sorge um die Entwicklung der Dinge, und sie forderten: Gebt Hitler einmal Gelegenheit, zu beweisen, ob er es besser kann als die anderen. [...] Ich stand bei dieser Abstimmung im wesentlichen noch unter dem Eindruck, den ich hatte, als ich zwei Tage vorher die bekannten großen Fackelzüge in Berlin gesehen habe, wo ich nicht weniger als dreieinhalb Stunden am Potsdamer Platz stand. Ich hatte den Eindruck, daß, wenn diese Leute losgelassen worden wären, an dem Abend ein großes Blutvergießen in Berlin eingesetzt hätte, und es hätte sich nicht nur um die Fraktion, der ich angehört habe, gehandelt, sondern um die Angehörigen der SPD, soweit man ihrer habhaft werden konnte.

Aus: Heinrich BRÜNING, *Memoiren 1918–1934*, Stuttgart 1970, S. 655, 656, 657.

[...] Außer Hugenbergs Verständigung mit mir liefen Verhandlungen zwischen Hitler und Kaas, der ab und zu einige jüngere Mitglieder der Fraktion und gelegentlich auch ein erfahrenes älteres Mitglied zu diesen Besprechungen mitnahm. Von Unterredung zu Unterredung sah ich Kaas' Widerstand erlahmen. Er hatte noch immer die Hoffnung, einen unserer Leute als Justizminister und mich als Außenminister durchdrücken zu können. Ich beschwor ihn, den letzten Gedanken nicht einmal zu erwähnen, weil er für mich untragbar sei und – was viel schlimmer wäre – im Hause des Reichspräsidenten von vornherein schärfsten Widerstand hervorrufe. Er ließ sich überzeugen und verstand auch, daß ich als Garant der Wahl des Reichspräsidenten nicht in ein Kabinett eintreten könne, das unter Mißachtung der Verfassung Mißhandlungen der Wähler des Reichspräsidenten zuließ.

Kaas' Widerstand wurde schwächer, als Hitler von einem Konkordat sprach und Papen versicherte, daß ein solches so gut wie garantiert sei. Das war die Frage, die Kaas naturgemäß und verständlicherweise am meisten interessierte, aus seiner ganzen Anschauungswelt heraus. Seit 1920 hatte er immer gehofft, ein Reichskonkordat mitzuschaffen. Für ihn als Prälaten war die Sicherung der Beziehungen zwischen dem Vatikan und dem Deutschen Reich eine entscheidende Frage, der die übrigen höchstens koordiniert, wenn nicht unterge-

ordnet werden mußten. Hitler und Papen werden gemerkt haben, wie die wachsenden Aussichten auf ein Konkordat Kaas immer mehr fesselten. Er verlangte allerdings, daß Hitler in irgendeiner Form sich auf den Abschluß eines Konkordats festlegte.

Hitler ging so weit, die von Kaas vorgeschlagenen Formulierungen für seine Regierungserklärung im Reichstag zu akzeptieren, sogar Ausdrücke zu verwenden, die vermutlich kein katholischer Kanzler hätte ungestraft gebrauchen können. Kaas kam immer hoffnungsfreudiger von diesen Unterhaltungen zurück. Meine Warnung machte keinen Eindruck. Er erklärte mir, daß vor allem die Formel »die freundschaftlichen Beziehungen zum Heiligen Stuhle« der größte Erfolg sei, den man seit zehn Jahren in irgendeinem Lande gehabt habe. Diese Formulierung werde einen ungeheueren Eindruck in Rom machen; er könne nicht anders als diesen Erfolg in den Mittelpunkt seiner Betrachtungen zu stellen. Ich sagte ihm, daß er damit als Vorsitzender die Zentrumspartei selber zerstöre, ohne irgendeine wirkliche Sicherheit in der Hand zu haben. Meine Bemühungen, ihn zu überzeugen, wurden mehr und mehr ergebnislos. Er wollte schon gar nichts mehr von einem Abänderungsantrag zum Ermächtigungsgesetz wissen; nur meine Erwartung, daß Hugenberg einen solchen einbringen lassen würde, konnte ihn davon abhalten, von vornherein darauf zu verzichten. [...]

[...] [Die Feier in Potsdam] war für mich das Niederdrückendste seit dem Einmarsch nach Deutschland 1918. Das Volk war in einem Rausch, die Abgeordneten ebenfalls, der Reichspräsident wachsbleich. Das fiel besonders auf, wenn er mit seinen braunen Handschuhen ab und zu eine Träne aus den Augen wischte. Ich dachte: Wie kann ein Mann, dessen Wähler in Konzentrationslager und SA-Keller geschleppt werden, sich von den dafür Verantwortlichen feiern lassen? War es das Alter, war es ein grundsätzlicher Charakterzug oder militärische Sentimentalität und Romantik, die ihn über alles sich hinwegsetzen ließen. Ich kam mir in dem Zuge vor wie einer, der zum Richtplatz geführt wird. Ich dachte daran, wie ich im Frühjahr 1919 oft sonntagsmorgens nach Potsdam hinausgefahren war, an der Garnisonkirche vorbei nach Sanssouci, um dann um zehn Uhr wieder in meinem Büro zu sein. Ich brauchte das damals als Trost für die Bitterkeit des Kriegsendes. Wie würde sich der aufgeklärte König gegen die Huldigungen, die ihm jetzt dargebracht wurden, gewehrt haben! [...]

Aus: Konrad REPGEN, *Ungedruckte Nachkriegsquellen zum Reichskonkordat. Eine Dokumentation*, in: *Historisches Jahrbuch* 99 (1979) S. 406 f.

Heinrich Brüning an Franz Dessauer, Norwich 8.5.1959

[...] Was Kaas bewegt hat, die merkwürdige Rolle beim Ermächtigungsgesetz zu spielen, wird man nie sicher feststellen können. Man muss anerken-

nen, dass er in einer schwierigen Lage war, nachdem Hitler erklart hatte, er wuerde ein Reichskonkordat mit dem Vatikan abschliessen. Diese Erklarung hat im Vatikan einen grossen Eindruck gemacht. Schon im Sommer 1931 hat der damalige Staatssekretaer Pacelli bei meinem Staatsbesuch bei Mussolini mich zwingen wollen, sofort Verhandlungen ueber ein Reichskonkordat einzuleiten. Das habe ich scharf abgelehnt [...]

[...] Die Haltung des damaligen Staatssekretaers Pacelli gegenueber Kaas war fuer mich bedruckend [!]. Kaas hat ihm alle seine Rede [!] gemacht, die meisterhaft in der Formulierung waren und hat mit vielen Muehen die grossen Schwierigkeiten ueberwunden, die sich aus der Dummheit des Nuncio Orsenigo in Berlin ergab [!]. Die Gefahren, die sich aus den Methoden Orsenigo ergaben, waren bald nach seiner Ernennung von Praelat Ulitzka, Geheimrat Porsch und dem Fuehrer der preussischen Zentrumsparthei Dr. Hess erkannt. Sie draengten mich vor meiner Romreise, an den Vatikan das Verlangen zu stellen, Kaas zum Kurienkardinal zu machen, um die Taktlosigkeit und die mangelnde Weitsichtigkeit des Nuncios Orsenigo auszugleichen. Das lehnte Pacelli scharf ab. Kaas war auf Grund dieses Erlebnisses innerlich gebrochen und hatte nach der Machtergreifung Hitlers nur noch das Ziel, zu verhindern dass Papen im Auftrage von Hitler ein Konkordat abschliessen wollte, dessen Inhalt schon einige Jahre zuvor sowohl von der Zentrumsparthei des Reichstages wie des preussischen Landtages bzw. ihrer Fuehrer einmuetig [!] abgelehnt wurde. Kaas fuhr mit Papen nach Rom nach der Annahme des Ermaechtigungsgesetzes, um den Abschluss eines solchen Konkordates zu verhindern, was ihm nicht gelang. Er hatte wohl nie die Absicht, wieder nach Deutschland zurueckzukehren, vor allem nicht nachdem der Bankdirektor Bruening in Koeln, mit dem Kaas von Trier her befreundet war, und mit dem ich nie etwas zu tun haben wollte, wegen Vergehens gegen das Bankgesetz von den Nazis verhaftet wurde. Das was das Ende der Zentrumsparthei. [...]

Aus: *Ludwig Kaas †. Tagebuch 7.–10. April 1933. Aus dem Nachlass von Prälat Ludwig Kaas*, hrsg. v. Rudolf MORSEY, in: *Stimmen der Zeit* 166 (1960), S. 426 f.

Gespräch Kaas' mit Papen am 8.4.1933 (Auszug)

[...] Im weiteren kamen wir dann auf die innenpolitische Lage und insbesondere auch auf die durch die kulturpolitischen Erklärungen des Herrn Reichskanzlers geschaffene neue Situation zu sprechen. Ich erkannte das Vorliegen einer solchen neuen Situation rückhaltlos an. Ich könne mich sowohl im nationalen Interesse, als auch vom Standpunkt des deutschen Katholiken nur aufrechtig freuen, wenn auf dem durch diese Erklärungen beschrittenen Wege wei-

tergegangen werde. Nichts könne zu einer inneren Konsolidierung des autoritären Regimes mehr beitragen. Infolgedessen stelle ich mich auch aus innerer Überzeugung auf die Seite der positiven Mitarbeit. Es werde mir eine aufrichtige Befriedigung sein, wenn ich nicht zuletzt auch gerade auf kulturpolitischem Gebiete einige gute Dienste leisten könne für die Überwindung der Spannungen, die in dieser Hinsicht lange bestanden hätten und wohl erst dann als endgültig ausgeräumt betrachtet werden könnten, wenn auf einer einwandfreien Sachgrundlage eine Verständigung stattgefunden habe. In diesem Zusammenhang kam ich vor allem auf die Frage der konfessionellen Schule zu sprechen, bezüglich deren eindeutige Erklärungen noch nicht vorlägen. Dergleichen auf die Frage der katholischen Organisation[en]. Herr von Papen seinerseits betonte, die Regierung werde auf kulturpolitischem Gebiet zweifellos ehrliche positive Wege gehen. Man könne doch den Gedanken eines Reichskonkordates gerade im gegenwärtigen Augenblick aufgreifen und in diesem Rahmen alle vertretbaren Wünsche erfüllen. Als Gegengabe müsse dann allerdings auch gedacht werden in erster Linie an eine weitgehende Entpolitisierung des Klerus. Die kulturpolitische Verteidigungsaufgabe der Zentrumspartei habe in der Vergangenheit selbstverständlich ihre große Aufgabe gehabt. Aus ihr habe sich mit vollem Recht auch eine starke Geistesgemeinschaft und Gefolgschaft zwischen Zentrumspartei und katholischem Klerus entwickelt. Für den Fall aber, daß die kulturpolitischen Garantien heute durch eine breitere politische Front geschaffen werden könnten, trete dieser besondere Daseins- und Tätigkeitszweck der Zentrumspartei mehr in den Hintergrund und werde sie infolgedessen zu einer in ihrer Sonderart selbstverständlich berechtigten, rein politischen Partei, die sich mit anderen kulturpolitisch einwandfreien Gruppen in loyaler Sachlichkeit in die Sympathien der Katholiken der verschiedenen Lager teilen müsse. Ich habe diesem Gedankengang grundsätzlich nicht widersprochen, sondern vor allem darauf hingewiesen, daß zunächst einmal der Nachweis für die Schaffung hinreichender kulturpolitischer Garantien erbracht sein müsse. Wenn letzteres der Fall sei, werde ich wahrhaftig nicht kleinlich sein. Im Gegenteil, nichts würde mich innerlich aufrichtiger freuen, als wenn sich für die Sicherung einer kulturpolitisch einwandfreien Linie auch die große nationalsozialistische Bewegung gewinnen lasse. Sowohl ihr selbst, als vor allem auch dem Staate würden damit Kräfte zuwachsen, die bisher leider nicht voll zur Auswirkung kommen konnten. Herr von Papen ging eine Reihe von Einzelheiten durch, die in einem etwaigen Reichskonkordat Aufnahme finden könnten. Er hielt sich hierbei an eine schriftliche Aufzeichnung, die aus den Akten des Auswärtigen Amtes [kam]. [...]